



Vierzehnjähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11/2 Sgr. Insektionsgebühr für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Weichselstr. 14, Sgr.

Erpedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 247. Morgen-Ausgabe.

Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 31. Mai 1861.

Telegraphische Depesche.

Warschau, 30. Mai. Fürst-Statthalter Gortschakoff ist heute gestorben.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Berliner Börse vom 30. Mai, Nachmittags 2 Uhr. (Angekommen 3 Uhr 50 Min.) Staatsanleihe 88 1/2. Prämienanleihe 122. Neue Anleihe 107 1/2. Schles. Bantverein 83 1/2. Oberösterreichische Litt. A. 120. Oberösterreich. Litt. B. 110 1/2. Freiburger 104. Wilhelmshafen 33 1/2. Reiffe-Brieger 48 1/2. Tarnowitzer 33 1/2. Wien 2 Monate 71 1/2. West. Credit-Anstalt 64 1/2. Dester. National-Anleihe 57 1/2. Dester. Votter-Anleihe 61 1/2. Dester. Staats-Eisenbahn-Aktien 133. Dester. Bantnoten 72 1/2. Darmstädter 73 1/2. Comm.-Anteile 85. Köln-Minden 152 1/2. Rheinische Aktien 83 1/2. Posener Provinzialbank 86 1/2. Mainz-Ludwigshafen 106.

Wien, 30. Mai. Roggen: schwach. Mai-Juni 44 1/2, Juni-Juli 44 1/2, Juli-August 45 1/2, Sept.-Okt. 46 1/2. Spiritus: unverändert. Mai-Juni 18 1/2, Juni-Juli 18 1/2, Juli-August 19 1/2, Sept.-Okt. 19 1/2. Rüböl: fester. Mai 11 1/2, Sept.-Okt. 12 1/2.

„Was uns noch retten kann.“

Die Schrift, welche unter obigem Titel vor Kurzem in Berlin erschienen ist, hat durch das Duell, welches zwischen dem Verf. Stadtgerichtsrath Twesten und dem General v. Mantuffel vor wenigen Tagen in Potsdam stattgefunden, die allgemeinste Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Abgesehen aber von diesem äußeren Umstande verdient auch der Inhalt der Schrift die größte Beachtung und Verbreitung. Wir glauben daher, unsern Lesern einen Dienst zu erweisen, wenn wir ihnen Einiges aus derselben mittheilen, und wir wählen dazu die Stelle, welche vom Militärkabinett handelt (S. 79—83); sie lautet wie folgt:

Am gefährlichsten scheint in diesem Augenblicke die Stellung des Militärkabinetts. Dasselbe vertritt grundsätzlich das Prinzip, die Armeelangelegenheiten von dem ganzen übrigen Organismus des Staates getrennt zu halten, jeden anderen Einfluß, jede andere Rücksicht abzuschneiden. Als Vorwand pflegt geltend gemacht zu werden, daß die Armeelangelegenheiten und ausschließlich Verfügung des Königs vorbehalten bleiben müsse, daß weder Minister noch Kammer darin mitzureden hätten. Das ist ein Grundsatz des römischen Imperatorthums; Tacitus erzählt, daß ein Senator Junius Gallio, um dem Tiberius zu schmeicheln, im Senate neue Ehren für die kaiserlichen Garden vorschlug. Da fuhr ihn der Kaiser entsetzlich an, über die Soldaten habe Niemand zu sprechen als er. Der Ungläubliche mußte froh sein, mit dem Leben davon zu kommen und in harter Verbannung das Vergehen büßen, der Armeelangelegenheiten zu haben. Nach Verfassung und Gesetz steht es mit dem Heerwesen nicht anders, wie mit jedem anderen Zweige der Staatsverwaltung; der König hat den Oberbefehl über die Armeelangelegenheiten, er ernennt die vollziehende Gewalt; er ernennt die Offiziere, wie er alle anderen Beamten des Staates direkt oder indirekt ernennt. Aber so weit es sich um Maßregeln der Gesetzgebung oder um Geldbedürfnisse handelt, ist im Heerwesen wie überall sonst die Mitwirkung der Kammer notwendig. Bei den vorjährigen Verhandlungen über die Militärvorlagen haben die Vertreter des Kriegsministeriums auch keinen anderen Standpunkt eingenommen. Erst hinterher ist man in militärischen Kreisen zu der Behauptung gekommen, daß die Kammer nicht mitzureden hätte; das ist freilich eine eigentümliche Auffassung des unabweislichen Bewilligungsrechtes gegenüber, da man doch nicht enorme Summen zu neuen Einrichtungen fordern kann, ohne den Bewilligenden deren Zweckmäßigkeit darzulegen. Es sind auch nur Vorwände, um der Diskussion überhoben zu sein, wozu bald ein angeblich ganz besonderes, von allen übrigen Kreisen der Staatsdiener und der Bürger verschiedenes Verhältnis der Armeelangelegenheiten, bald die Unfähigkeit der Landesvertretung, militärische Dinge zu verstehen, dienen muß. Man befiehlt lieber, als daß man discutirt. Das zieht freilich nicht bloß die Bureaufkratze vor, sondern vielleicht jeder, der eine Ueberzeugung gewonnen und etwas auszuführen hat. In der Armeelangelegenheiten ist wegen der Nothwendigkeit und der Gewohnheit des militärischen Kommandos, der unbedingten Disziplin, des prompten Handelns am wenigsten zu weitläufigen Diskussionen angelegentlich. Wir meinen auch, daß die anderen Minister und die Kammer sich keineswegs regelmäßig oder häufig in das Detail der Verwaltung und in wirklich technische Fragen einzumischen haben; wohl aber ist es notwendig, die großen Grundzüge der militärischen Einrichtungen, ihren Zusammenhang und ihre Wechselwirkung mit dem Ganzen der politischen, finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes stets im Auge zu halten.

Das Militär ist bei dem großen Umfange und der festen Gliederung seines Organismus, bei seiner wichtigen Stellung im Staate, dessen Sicherheit, und Macht ja unentbehrlich auf seiner militärischen Kraftentwicklung beruht, und bei dem daraus hervorgehenden Standesbewußtsein mehr als jede andere Bureaufkratze geneigt, sich exclusiv abzuschließen, auf nichts anderes Rücksicht zu nehmen, zu vergessen, daß die Armeelangelegenheiten nicht stark werden kann, wenn das Land schwach wird. Anders Diener des Staates werden es nicht leicht mehr sagen, aber von jungen Lieutenants wie alten Generalen kann man es ganz unbedungen aussprechen hören, daß die Armeelangelegenheiten, der Kern und das All des Staates sei, wonach sich alles Uebrige richten müsse. Die Vornehmheit des Offiziersstandes, die Verbindung mit dem Hofe und der Aristokratie macht die Sonderstellung nur auffälliger und gefährlicher, ruft leicht zwischen Militär und Civil eine Stimmung der Mißgunst und der Feindseligkeit hervor, wie sie in den Jahren vor 1806 in höchster Blüthe stand. Wir legen auf einzelne Kollisionen kein übergroßes Gewicht, wir erkennen an, daß in der Verbesserung des Materials und der Ausbildung der Armeelangelegenheiten eine Nothwendigkeit und Energie entfaltete wird, die anderen Zweigen der Verwaltung zum Muster dienen kann, wir setzen auch voraus, daß ein frischer und kräftiger Geist, wie er sich in den berühmten Vorträgen des Prinzen Friedrich Karl ausspricht, einen großen Theil des Heeres erfüllt; aber wir wissen auch, daß unter den Offizieren selbst vielfach über bürokratischen Formalismus, über kleinliche Bedenken, über aristokratischen Egoismus gelagert wird, und wir dürfen nicht vergessen, daß die Uebel und Gefahren der militärischen Sonderstellung wesentlich erhöht werden, wenn die Armeelangelegenheiten nicht bloß in Rücksicht auf ihre Leistungsfähigkeit gegen den Feind, sondern als ein Werkzeug innerer Parteipolitik behandelt wird. Das geschieht offenbar durch die militärische Aristokratie. Herr v. Redlich sprach in der Schlussitzung des Herrenhauses von 1860 seine Freude über die Abschaffung der Landwehr und die neue Organisation aus, weil ein Staat mit so sehr verstärktem Heere unmöglich nach den Grundfätzen eines liberalen Verfassungsstaates regiert werden könne. Man sieht wieder das Ideal, ganz Preußen in eine große Kaserne zu verwandeln. Es ist bekannt, daß in manchen Kreisen an die Frage der Armeelangelegenheiten die Hoffnung geknüpft wird, das Ministerium zu sprengen, wenn nicht die Verfassung umgestaltet.

Die einheitliche und abgeschlossene Stellung des Heerwesens wird besonders gefördert, wenn die Trennung selbst im Centrum der Staatsverwaltung stattfindet. Der Kriegsminister steht doch noch in einer notwendigen Verbindung mit den übrigen Chefs der Regierung, das Militärkabinett ganz außerhalb. Der Vorstand desselben, General v. Mantuffel, der seine Karriere am Hofe gemacht und von der Armeelangelegenheiten nicht viel gesehen hat, steht in dem Rufe, die Personalien in zu hohem Maße aus der Perspektive des Hofes zu behandeln. Die militärische Nothwendigkeit, über Wahl und Verwendung der Offiziere jederzeit unbedingt disponieren zu können, thut obnein der Laune und dem Nepotismus Vorwand. Die Theilung der Arbeit zwischen Ministerium und Kabinett komplizirt und erschwert die Geschäfte. Reibungen — wie Stein sie schildert — können nicht ausbleiben. Offiziere, wie die Herren von Voigts-Reck und v. Hartmann, die eines hervorragenden Rufes im Heer genießen, denen man in der Führung und der Verwaltung der Armeelangelegenheiten eine bedeutende Zukunft verheißt, wurden als zu selbstständige, und daher unbedingte Mitarbeiter aus dem Kriegsministerium entfernt, wie 1850 der energische General von Griesheim beurlaubt ward. Es ist einer der Charakterzüge des ausgebildeten Bureaufkratismus: fest geschlossen nach außen, innerlich Streit und Widerwille. Herr v. Mantuffel ist bei einem großen Theile der Armeelangelegenheiten; er wird vielfach betrachtet wie Graf Gräune in

Wien, der das Kommando in Italien dem Grafen Giulay übergab. Wird es auch bei uns einer Schlacht von Solferino bedürfen, einen unheilvollen Mann aus einer unheilvollen Stellung zu entfernen?

Die waltende Militärpartei macht eine so große, das ganze Staatswesen affizirende Frage, wie die Reorganisation der Armeelangelegenheiten zu einer bloßen Frage militärischer Technik, der sich Minister und Kammer ohne Weiteres fügen sollen. General v. Bonin hatte unter Beistimmung der übrigen Minister einen Plan ausgearbeitet; das Kabinett lieferte einen anderen, der die Kräfte des Landes unermesslich mehr in Anspruch nimmt. Herr v. Bonin ging ab. Herr v. Noon ward zur Ausführung des Planes berufen. Wir setzen voraus, daß die anderen Minister, namentlich Sr. v. Patow, als sie zum erstenmale von dem ganzen Umfange der beabsichtigten Neuerung Kunde erhielten, einen ähnlichen Schrecken empfunden haben werden, wie das Haus der Abgeordneten und das ganze Land. Einen anderen Entwurf entgegen zu setzen, sind selbstverständlich Andere als Techniker, nicht im Stande. Aber es handelt sich in der That nicht um etwas bloß Technisches. Man kann vollkommen zugeben, daß der jetzige Plan das Heer weit stärker und schlagfertiger macht. Wäre es möglich, alle Waffenfähigen zehn Jahre bei den Fahnen zu halten und statt zehn jährlich hundert Millionen mehr aufzuwenden, so ließe sich ohne Zweifel ein noch weit trefflicheres Heer aufstellen. Man ist bereit unter den jetzigen Umständen hier, wie es in allen Ländern geschieht, größere Opfer an Kräften und Geld für die Mehrhaftigkeit des Staates zu bringen. Aber es darf kein dauerndes Mißverhältnis entstehen. Der regelmäßige Bestand des Heeres darf nicht die Aussicht auf eine unabsehbare Finanznoth, auf Vernachlässigung aller anderen Angelegenheiten, auf Zerstörung des Nationalwohlstandes eröffnen. Es ist nicht ohne die tiefste Erschöpfung des Landes möglich, im Ernste und dauernd alle männlichen Einwohner drei Jahre lang der produktiven Arbeit zu entziehen und gleichzeitig für das Militär einen Aufwand zu machen, der bald von vierzig auf fünfzig Millionen steigen würde. Das ordentliche Militärbudget Oesterreichs war für das Jahr 1861 auf nicht mehr als einige neunzig Millionen Gulden berechnet, das ist nach dem jetzigen Cours nicht höher als der preussische Etat von vierzig Millionen Thalern. Ein solches Mißverhältnis, permanent gemacht, würde uns unrettbar auf den Weg Oesterreichs führen und zu demselben Ende. Finanzen, Wohlstand, Volk und Heer würden von demselben Abgrunde verschlungen werden. Sollte wirklich der Versuch gemacht werden, die neue Organisation der Armeelangelegenheiten zu halten und im übrigen Alles zu lassen, wie es ist, dann würde Mangel anfangen, einen Trost in dem Gebanten zu finden, daß in drei bis vier Jahren Alles vorbei ist. Sollen wir in kurzer Frist auf Ruinen stehen, so kommt es freilich nicht darauf an, wie jetzt gebaut wird.“

Preußen. Landtag.

K. C. 59. Sitzung des Hauses der Abgeordneten am 29. Mai. (Schluß.)

Abg. v. Blandenburg: Er freue sich, daß der Abg. v. Carlowitz politische Motive für seine Abstimmlung geltend gemacht habe; die Auffassung des Abg. von Carlowitz würde übrigens wohl mehr sächsisch als preussisch (Unwillen rechts) ...

Präsident (unterbrechend): Der Redner übersteht, daß er jetzt zu einem speziellen Landmann spricht, und daß es ihm wenig ansteht, daran zu erinnern, welchem deutschen Bruderstamm der Abg. v. Carlowitz früher angehört hat. (Stürmischer Beifall rechts.)

Abg. v. Blandenburg: Er seinerseits würde politische Motive nur dann geltend machen, wenn etwa der hier im Hause vielfach gegebene Wunsch in Erfüllung gehe, den Abg. v. Carlowitz als Nachfolger des Hrn. v. Schleinitz zu sehen. (Ohl rechts.)

Abg. v. Carlowitz: Ich bin freiwillig eingewandert, in der Hoffnung, daß Preußen das werde, was Deutschland erwartet; aus freiem Entschlusse, nicht als politischer Flüchtling bin ich gekommen, und dieser freie Entschlusse wiegt den Zufall der Geburt, auf den der Vordredner pocht, mindestens auf. (Lebhaftes Bravo rechts.) Statt der Aufführung, die ich vom Minister verlangt, was er mit dem verstärkten Heere zu thun denke, richtet der Minister eine Frage an mich, dabei beschränkt ich mich, den Minister auf mein Bistum und meine Aeußerungen vom vorigen Jahre in der heftigen Frage hinzuweisen; da wird er meine Antwort finden.

Abg. Harfort: Ich muß auf Hannibal zurückgehen. (Heiterkeit.) Hannibal führte Kriege; geben Sie uns Kriege und Führer, so werden unsere Soldaten sich auch tapfer schlagen.

Minister v. Schleinitz: Ich erkenne durchaus nicht den Zusammenhang der auswärtigen Politik mit dem Gegenstande, welcher uns jetzt beschäftigt, muß aber darauf aufmerksam machen, daß das Bedürfnis der Reorganisation der Armeelangelegenheiten und hauptsächlich nicht aus einem vorübergehenden rein politischen, sondern aus einem permanenten und in der Sache selbst liegenden Bedürfnisse hervorgegangen ist; aus dem Bedürfnisse, die Schäden des bisherigen Systems zu beseitigen. Es wird deshalb auch nicht erforderlich sein und nicht erwartet werden können, daß die Regierung durch spezielle politische Zwecke und Absichten diese Maßregel motivire, denn es scheint mir, daß der allereinfachste Blick auf die allgemeine politische Situation zureicht, um die Maßregel vollständig zu rechtfertigen. In dem Augenblicke, wo halb Europa in Kriegsbereitschaft sich unter Waffen befindet, wo zwei der größten Mächte ihre militärische Leistungsfähigkeit bis an die äußersten Grenzen angestrengt haben, wo Europa in Folge der Lösung der früheren Allianzverhältnisse gewissermaßen aus den Fugen gerissen und dadurch in den permanenten Zustand des Zwanges und der Unsicherheit gerathen ist; in einem Augenblicke, wo politische Fragen von schwerer Bedeutung ihrer Lösung entgegen gehen und möglicher Weise zu einem allgemeinen Kriege führen können, in einem solchen Augenblicke darf Preußen in seiner militärischen Entwicklung nicht zurückbleiben; also schon im Interesse seiner Sicherheit und Selbstständigkeit und Selbsterhaltung, im höchsten staatlichen Interesse, war für Preußen die Nothwendigkeit der Maßregel vorhanden. In diesem Sinne ist die Reorganisation eine absolute Nothwendigkeit geworden, und es ist richtig erkannt zu haben, und demgemäß energisch und entschieden vorgegangen zu sein, das wird die Geschichte dereinst der gegenwärtigen Verwaltung zum Verdienste anrechnen, und diejenige preussische Landesvertretung, welche diese große Maßregel vermitteln oder verläumern würde, würde eine schwere Verantwortlichkeit auf sich nehmen (Bravo).

Finanzminister v. Patow: Das Haus hat heute die Positionen für die 136 alten Infanterie-Bataillone bewilligt und es handelt sich nun um die Mittel für die neu errichteten 117 Bataillone. Der Vorschlag, die Truppen während des bevorstehenden Winters um 40,000 Mann zu vermindern, ist unausführbar. Das Haus wird durch diesen Antrag der Commission in die eigentümliche Lage gebracht, mit seinem früher gefassten Beschlusse in Widerspruch zu gerathen, da derselbe diesen früheren Beschlusse wieder aufhebt. Abg. Reichenperger hat übrigens den Standpunkt richtig bezeichnet. Hier ist nicht der Ort, die Frage wegen der Dauer der Dienstzeit zum Austrag zu bringen. Der Zustand des Heeres würde zum nächsten Frühjahr ein solcher sein, daß die Regierung die Verantwortlichkeit nicht auf sich nehmen kann, mit einem solchen Heere den Eventualitäten entgegen zu treten. Ich glaube, das Haus wird die Regierung nicht in die Lage bringen wollen, etwas zu thun, wofür sie die Verantwortlichkeit nicht auf sich nehmen kann. Der heutige Beschlusse ist für die künftige Lösung der Frage in keiner Weise präjudizial.

Abg. Reichenperger (Köln) spricht für die Politik des Ministeriums den Wunsch aus, das positive und bestehende Recht, namentlich in internationalen Beziehungen zu wahren. (Beifall links.)

Abg. v. Blandenburg: Da seine Aeußerung habe mißverstanden werden können, so wolle er diesmal ausnahmsweise die Berechtigung des Ordensstrüßes einräumen.

Präsident: Die Gültigkeit der Ordensstrüße des Präsidenten ist von Ihrer Einräumung unabhängig. (Große Heiterkeit.)

Abg. v. Blandenburg: Er habe nicht die Gültigkeit, sondern die Berechtigung gemeint.

Präsident: Auch für diese wiederhole er seine Bemerkung.

Abg. v. Blandenburg: Bei der Bemerkung „sächsisch“ habe er nicht an den sächsischen Bruderstamm gedacht, sondern speziell an den Abg. v. Carlowitz; er habe damit sagen wollen, daß er und seine Freunde keine solche

„Energie“ in der Politik wollten, wie sie derselbe als Minister in Dresden und Leipzig gemacht habe.

Abg. Kühne (Berlin): Das stehende Heer sei im Augenblicke zu jung, um Wintermaneuvers zu erleiden, deshalb sei er für Zurückweisung des Commissions-Antrages; es liege übrigens ein Grund mehr darin, die Bewilligung nur im Extraordinarium zu votiren, da er die Hoffnung hege, daß nächstes Jahr der Posten erspart und deshalb werde abgesetzt werden können.

Abg. v. Sauten-Julienfeld: Es handle sich hier nicht um die zwei- oder dreijährige Dienstzeit, sondern um die Kriegsbereitschaft; man könne die Verhältnisse für den Herbst und Winter nicht voraussehen bei dem gewitterschwangeren Horizont Europa's. Die 40,000 Mann, welche uns im Winter fehlen würden, könnten möglicherweise nicht bloß die Kriegsbereitschaft schwächen, sondern auch die Machtstellung Deutschlands in Europa. (Bravo.)

Abg. Harfort: Die Wetter am politischen Horizont würden immerfort seit Jahren bei jeder Gelegenheit heraufbeschworen; er habe im v. J. nicht bemerkt, weil er sich nicht überzeugt, daß der Finanzminister ohne Ueberbürdung des Landes die Mittel werde beschaffen können; aus diesem Grunde werde er auch heute gegen die Bewilligung stimmen.

Abg. Brämer: Wenn der Finanzminister auf die formelle Schwierigkeit des Commissions-Antrages aufmerksam gemacht, so bemerkte er, daß die Regierung selbst diese Schwierigkeit herbeigeführt. Es wäre einstimmig bewilligt worden, wenn die Regierung aus dem Provisorium nicht hätte ein Definitivum machen wollen; die Regierung habe übrigens die Möglichkeit der Ausführung des Commissions-Antrages selbst gezeigt, auf dem Wege, daß die Reservisten früher entlassen und die Rekruten früher eingestellt würden. Wenn dies früher gegangen, so sei es auch jetzt möglich. Wenn man die zweijährige Dienstzeit nicht ausreichend für die Ausbildung des Soldaten halte, so weise er auf die einjährigen Freiwilligen hin: ein Primaner brauche doch eben so viele Ausbildung als jeder andere Soldat, und sei in einem Jahre fertig. Der Kriegsminister habe ferner auf die Bemerkung, daß die Offizierbureaus nicht hinlänglich ausgebildet werden könnten, entgegnet, daß sei entschieden der Fall; sie händen den andern Soldaten nicht nach; sie erreichten also dasselbe Ziel trotz ihrer bedeutenden Privatbeschäftigung. Der Minister des Auswärtigen habe erklärt, die Regierung verdiene durch ihre Vorlage den Dank des Landes; er seinerseits bedauere, daß gerade die jetzige Regierung eine solche Vorlage gemacht. Man behaupte, daß seit 30 Jahren die Landwehr an erheblichen Mängeln gelitten; dann greife er aber nicht, wie die frühere Verwaltung diese Mängel 30 Jahre hindurch habe übersehen können.

Abg. v. Carlowitz: Ich bemerkte dem Abg. von Bl. nur, daß ein Tasdel aus seinem Munde mir nur zum Lobe gereichen kann; die Politik des Zuwartens, die Politik der freien Hand taugt für einen Großstaat nicht, kann für ihn höchstens eine vorübergehende sein. Ich stelle an die Politik eines Staates Ansprüche je nach seiner Größe. Staaten vierten und fünften Ranges brauchen gar keine Politik zu treiben, nicht einmal in Würzburg (Heiterkeit). Für Staaten zweiten und dritten Ranges ist die Politik der freien Hand die beste; für Großstaaten nie. Die Arroganz der Großmächte wird dadurch verkleinert. Man wird mir sagen, daß ja Preußen mit im pariser Friedenscongresse geflossen. Ich wünsche aber wahrlich nicht, daß Preußen je wieder eine ähnliche Rolle spiele, wie damals. Durch diese Politik der freien Hand erwirbt eine Großmacht auch keine Bündnisse, die nur stets der Thatkraft sich zuwenden. Eine solche Politik ist für eine Großmacht eine leere. Alle Großmächte haben Gebietsvergrößerungen in den letzten Jahren erlangt: Preußen keine oder wenigstens keine bedeutende. Wir allerdings haben „moralische Eroberungen“ gemacht. Aber moralische Eroberungen können unter Umständen zu einem bequemem Aufstiege werden. Wenn Preußen auf diesem Aufstiege einschlagen und, nachdem alle anderen Großmächte gemächlich sich eingerichtet, erschreckt aufstehen sollte, um auch seinen Platz im Rathe der Großmächte Europas wieder in Anspruch zu nehmen, dann könnte ihm leicht eine ähnliche Antwort zu Theil werden, wie Zeus sie dem Dichter gab.

Was thun? Die Welt ist weggegangen, Deutschland, Italien ist nicht mehr mein, willst Du als der Basall von —

nun, setzen Sie Frankreich, Rußland, wenn Sie wollen — also: willst Du als der Basall von — dem und Jenem leben, dann sollst, Borussia, du mir willkommen sein. Meine Herren, weil ich einen solchen Ausgang für Preußen nicht will, bin ich gegen die Politik der freien Hand.

Abg. Wagener: Die europäische Politik geht jetzt leider von Paris aus; die Frage ist, wie stellen wir uns zu diesem Hauptacteur; ich und meine Freunde wünschen ebenso lebhaft wie irgend Jemand im Hause, daß nicht bloß Preußen, sondern unser gesammtes deutsches Vaterland eine kräftige Politik in der Welt treibe; aber bei der Politik des Abg. v. Carl. würde Deutschland zerplittert und Beute des Eroberers werden; nicht unsere Schuld, sondern Ihre (zur Rechten) ist es, daß wir 1859 eine so lässliche Rolle gespielt haben; nicht daß man auf der Lauer liegt, ob man hier und da ein Stück erschnappen kann (oh!), nicht das ist deutsche Politik; unsere Politik wird schließlich die Oberhand behalten. (Beifall links.)

Minister der auswärtigen Angelegenheiten v. Schleinitz: Der Abg. Wagener hat die Politik der Regierung im Jahre 1858 u. 59 eine lässliche genannt. Ich kann diese Aeußerung nicht unbedeutend vorübergehen lassen. Die Regierung hat damals die Politik befolgt, welche nach ihrem besten Ermessen nicht bloß dem preussischen, sondern dem wohlverstandenen deutschen Interesse angemessen war.

Abg. Waldeck: Es handle sich nur um den Friedenssetz, nicht um den Kriegsetz. Wenn Europa aus den Fugen sei, so möge man doch bedenken, daß es gerade aus den Fugen gegangen sei unter und durch ein Regiment, das sich auf starke Militärmacht gestützt habe; es sei also nicht richtig, das Uebel mit den Mitteln zu heilen, aus denen es hervorgegangen. Die Erwartung des Ministers, daß die Politik der jetzigen Regierung eine große Rolle spielen werde in der Geschichte, theile er nicht; bald werde die Geschichte über die letzten zwölf Jahre schweigen, weil gar nichts darin geschehen sei.

Beichterstatter Abg. Stavenhagen: Nach den eigenen Intentionen der Reg. würde vom 15. Septbr. bis Novbr. die Armeelangelegenheiten sein, da am 15. Septbr. die Ausgedienten entlassen würden und die Rekruten erst im Novbr. wieder einträten; die Gefahr sei also in diesen Monaten gerade so groß, als später. Am 15. Novbr. würde sich doch abgeben lassen, ob ein Krieg zu erwarten sei, im Verjahrgange würde die Reg. berechtigt sein, die fraglichen Ersparungen nicht eintreten zu lassen. Eine Verkürzung der Dienstzeit auf zwei Jahre, wie ein Vordredner gemeint habe, werde damit nicht beabsichtigt. Die Finanzlage des Landes verlange Ersparnisse.

Bei der Abstimmung wird der Comm.-Antrag abgelehnt. Der Comm.-Antrag, 350 Thlr. abzuziehen durch Nichtgenehmigung der Gleichstellung des Gehalts der Commandeure zweier der neuformirten Cavallerie-Regimenter mit dem der Commandeure der alten Garde-Cavallerie-Regimenter wird (nach kurzer Diskussion zwischen dem Kriegsminister, dem Abg. Matbis und dem Beichterstatter) bei Stimmzählung mit 134 gegen 115 Stimmen angenommen.

Abg. Harfort bringt einen Widerspruch in den Erklärungen des Kriegsministers nach dem Comm.-Bericht zur Sprache: an einer Stelle sage derselbe, die Reg. werde 1862 keine Cavallerie-Regimenter schaffen; auf einer andern: im J. 1862 sollten wieder 8 Schwadronen errichtet werden.

Kriegsminister: Die Reg. wünsche allerdings die Errichtung von noch 24 Schwadronen Cavallerie, werde sich aber nach der Decke strecken müssen; bis dieselbe erfolgt sei, würden die noch bestehenden Landwehr-Cavallerie-Regimenter bestehen bleiben; wie die betr. Prov. zu entschädigen seien, müsse weiterer Entscheidung vorbehalten bleiben.

Der Comm.-Antrag, einen Mehrgehalt der Commandeure der Cav.-Regimenter von 250 Thlr. nicht zu bewilligen, wird ohne Diskussion angenommen. Ueber den nächsten Antrag: „Bei 81 Lanow.-Bat.-Stäben die Kompetenzen der für ihr Commando jetzt verwandten pensionirten Offiziere für das zweite Semester, und zwar mit je 120 Thlr. Zulage und 72 Thlr. Serviz, in Summa mit 15,552 Thlr. abzusetzen“, wird mit den, bereits im Comm.-Bericht gegebenen und demnach mitgetheilten Motiven gestritten; es handelt sich dabei um die Frage, ob die zum Commando über die Landwehr-Bataillone bestimmten Linien-Stabs-Offiziere schon im Frieden des Commandos führen sollen. Abg. Harfort bemerkt: Schon seit 1830 habe man begonnen, die Landwehr zu untergraben; jetzt habe man den geeigneten Zeit-

punkt ersehen, um sie ganz bei Seite zu schaffen; die Organisation schaffe eine Landwehr zweiten Aufgebots. — Kriegsminister v. Moos: Es sei ein Irrthum, daß die Reg. eine Landwehr zweites Aufgebots wolle. — Abg. Starke bringt verschiedene Uebelsätze bei den Controlverhandlungen zur Sprache und beklagt, daß die Funktionen der Landw.-Offiziere den Minien-Offizieren übertragen würden. — Nach einer Erwiderung des Kriegsministers, für dergleichen Dinge sei hier nicht der Ort, und nachdem der Berichterstatter den Comm.-Antrag nochmals empfohlen, wird derselbe angenommen.

Es ist fast 3 1/2 Uhr. Abg. Weseler beantragt Vertagung der Sitzung bis 5 Uhr, um dann die Sache noch heute zu erledigen. Dies wird angenommen; dem Wunsche des Finanzministers, auch den Schubert'schen Bericht wegen des vorjährigen 9 Mill. Credits noch auf die Tagesordnung zu setzen, kann wegen der Fülle des Stoffs nicht entprochen werden.

K. C. 31. Sitzung des Herrenhauses am 29. Mai.

Präsident Prinz zu Hohenlohe eröffnet die Sitzung um 12 1/2 Uhr. — Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Justizcommission über den Gesetzentwurf, betreffend die gerichtliche Verfolgung der Beamten wegen Amts- und Dienstverhandlungen. Die Commission beantragt Ablehnung der Regierungs-Vorlage. Der Berichterstatter Herr Grimm hebt kurz die Motive der Commission auseinander.

Justizminister v. Bernuth: Der Entwurf sei in der Commission günstig beurtheilt worden. Derselbe bezweckt das Gesetz vom 13. Februar 1854 aufzuheben und durch andere Bestimmungen zu ersetzen; jenes Gesetz sei unter lebhaftem Widerspruch und unter Bestreitung der Bedürfnisfrage und der Verfassungsmäßigkeit zu Stande gekommen; man habe eingewendet, daß sein Grund zum Mißtrauen gegen die Gerichte vorhanden sei. Aber es sei ins Leben getreten und unter vielfacher Mißbilligung sehr häufig angewendet worden. Im vorigen Jahre sei die Aufhebung des Gesetzes angeregt worden, und die Regierung habe eine anderweitige legislative Regelung in die Hand nehmen zu müssen geglaubt, um die Beschränkung des Rechtsweges zu vermindern und für ein Gebiet den gänzlich verschlossenen Rechtsweg wieder zu öffnen. Die Staatsregierung habe Abstand genommen, nur die Abänderung des Verfahrens des Competenzgerichtshofes zu beantragen; sie sei der Ansicht, daß das Prinzip des Gesetzes von 1854 nicht richtig sei und halte den eingeschlagenen Weg für den richtigen, um den Art. 97 der Verfassung auszuführen. — Man sage, daß Gesetz bestehe erst 7 Jahre, und es habe sich kein dringendes Bedürfnis zur Abänderung herausgestellt. Nun sei aber wohl Niemand hierin kompetenter, als der Competenzgerichtshof selbst; derselbe habe sich gutachtlich für die Ansicht der Regierung ausgesprochen und zwar in sehr eingehender und motivirter Weise. Der Entwurf wolle den Gerichten zurückgeben, was ihnen zum Schutze der Unterthanen von Rechts wegen gebühre. Wenn man den gewöhnlichen Gerichten die Aburtheilung der einschlägigen Gegenstände nicht zugestehen wolle, so sei das ein Mißtrauen in die Befähigung dieser Gerichte, das bis 1854 unbekannt gewesen und heute ebenso unbegründet sei wie damals.

Herr Jähnigen für die Vorlage und für die Aufhebung des Gesetzes von 1854. Aus seiner eigenen Function beim Competenzgerichtshof könne er das Gesetz von 1854 für zwecklos und nicht rathsam erklären. Von 138 Sachen, die in den ersten Jahren dem Competenzgerichtshof vorgelegten, hätten 7, also 90, bloß Injurienfachen betroffen, meist gegen Lehrer wegen Züchtigung von Kindern u. dgl. Von ebenso geringer Bedeutung sei das andere Drittel gewesen, welches meist unbedeutende Entschädigungsklagen gegen Steuer- und andere Exekutivbeamte betroffen hätte. Man könne also wohl sagen, daß das Gesetz nicht notwendig sei, zumal nach der Rechtsprechung des Competenzgerichtshofes der civilrechtliche Anspruch stets zur gerichtlichen Verfolgung geeignet erachtet worden. Es sei nicht zu besorgen, daß nach Aufhebung des Gesetzes die Klagen gegen Beamten sich mehreren würden. Gegen das Gesetz von 1854 spreche noch, daß die Garantie der Definitivität und Mündlichkeit, ferner jedes Rechtsmittel fehle. Bei einem so klaren Gesetze seien aber sieben Jahre hinreichend, um die Mängel und Schäden zu entdecken.

Dr. Stahl: Die Motive der Vorlagen sagen, das Gesetz von 1854 habe sich nicht bewährt, weil — darauf laufe die Motivirung hinaus — der Competenzgerichtshof seine Unabhängigkeit von der Verwaltung behauptet habe, weil er den Rechtsweg zugelassen habe, wo die Gerichte dann freigesprochen hätten; hätte er sich etwa bewährt, wenn er den Rechtsweg ausgeschlossen hätte, wo die Gerichte verurtheilt hätten? Wenn man in den Motiven der Regierung einen Druckfehler annehme und statt „nicht bewährt“ lese: „bewährt“, so passe ganz dieselbe Motivirung (Bravo). Das Gesetz von 1854 habe nie den Rechtsweg verknüpft, sondern nur dort bestritten, wo er überflüssig sei. Der Erweiterung des Rechtsweges, soweit dieselbe zulässig sei, werde er sich nie widersetzen, wohl aber müsse er widersprechen, daß der Rechtsweg in einer so ausgedehnten Weise verknüpft werde. Wenn man dann consequent sein wolle, müsse man den Rechtsweg auch zulassen, wenn es sich um eine ungeschickliche Rekrutenaushebung, Steuererhebung u. dgl. handle. Er könne dem Minister nicht zustimmen, daß den gewöhnlichen Gerichten die Aburtheilung solcher Sachen „von Rechts wegen“ zustehen; die Gerichte hätten kein Urtheil über den Souverain, und die Verwaltung, wie die Organe derselben, welche ihre Autorität aus dem Souverain herleiten, seien den Gerichten nicht subordinirt, sondern coordinirt. Man solle die Hoheitsrechte nicht in solcher Weise den Gerichten ausantworten. Bei einer Collision der Richtigkeiten sei es angemessen, daß eine Autorität über der Justizverwaltung die Vorlage entscheide. Wo Beamte aufgeführt haben, Beamte zu sein, da sei der Rechtsweg angemessen, nicht aber, wo er aus den Hoheitsrechten heraus handle. Das sei die correcte, gesunde Anschauung des Gesetzes von 1854. Man verräde und zerstöre das natürliche und notwendige Verhältnis unter den Staatsgewalten, ja man unterwerfe mittelbar sogar den Souverain den Gerichten, wenn man Unterthanen und Obrigkeit als Prozeßparteien im ausgedehntesten Maße betrachte. Man vernichte damit gänzlich den Begriff der Obrigkeit; man mache die Gerichte zum Souverain und lasse in sie alle Ströme der Staatsgewalt münden. (Bravo.) Die Wirkung des Gesetzentwurfes würde eine vollständige Lähmung der Staatsgewalt sein; die Möglichkeit, jeden Beamten zu verklagen, würde zur Heiligkeit und zu Chitanen gegen die Beamten führen. Die Aussicht auf derartige leichte Anlagen werde die executive Gewalt einschüchtern. In Fällen, wo Eigentum zerstört werden müßte, so die Sicherheit gegen Feuer u. dgl., wo man Reisende aufhalten müsse, und in unzähligen andern Fällen, die ihm speciell nicht vorschweben, werde da der Beamte seine Schuldigkeit thun, wenn er fürchten müsse, gerichtlich belangt zu werden? Der Beamte werde vielmehr oft handlungen unterlassen, wenn die Unterlassung nicht nachweisbar sei; jedenfalls werde die Energie aufhören, da Mangel an Energie nie gerichtlich verfolgt werde, Verwendung von Energie aber unendlich leicht. Er habe

das größte Vertrauen zu der Ehrenhaftigkeit der Beamten; wenn sie ihre Schuldigkeit thun, müsse der Staat gegen sie auch die seinige thun; er dürfe sie nicht preisgeben. — Das Ministerverantwortlichkeitsgesetz werde durch diesen Gesetzentwurf noch überboten. Wie bei ersterem der Fall denkbar, daß Minister dem Könige, so könne hier der Fall eintreten, daß die Beamten den Ministern den Gehorsam auskündigen. Das wäre eine Entwaflung nicht bloß des Königs, sondern des Governmentes überhaupt. In Zeiten der Aufreizung würde die Anarchie dadurch groß und stark werden. Die Gerichte hätten sich in neuester Zeit bewährt, da sie nicht zu Werkzeugen der Gewalt gemacht, aber man dürfe ihnen keine Competenz beilegen, die ihnen nicht gebühre. Eine solche unnatürliche Competenz möchte die Gerichte in Verjudung führen. Jetzt habe man noch einen Damm in der Staatsanwaltschaft, aber dieser Damm werde auch aufhören, wenn man das Anklagerecht nicht mehr auf die Staatsanwaltschaft beschränke. Bei Ablehnung der Vorlage werde das Herrenhaus wieder den Vorwurf hören müssen, daß es die Gesetzgebung zum Stillstand bringe, indem es ein Werk der verschrieenen zehnjährigen Reaction gegen die Errungenschaften von 1848 vertheilige. Doch um was habe es sich während der zehnjährigen Reaction gehandelt? Um die gebotene Wiederaufrichtung der monarchischen Gewalt und einer gesicherten Regierung. Wenn man jetzt Schritt für Schritt die Gesetze dieser 10 Jahre aufhebe, werde man bald bei dem Schritt von 1848 angelangt sein. Es liege das in der ganzen Bewegung, und er mache den Justizminister nicht persönlich dafür verantwortlich. Bei der Grundsteuer habe man das Bestreben bemerkt, die Gewalt an das Abgeordnetenhaus zu bringen; jetzt befänden wir uns schon wieder auf dem Wege der Straßenanarchie, und man wolle die zehnjährigen Errungenschaften der Landesvertretung gegen die Errungenschaften des 18. März eintauschen. Das Herrenhaus werde, was an ihm sei, stets ein rettendes Nein sagen. (Lebhafte Beifall.)

Justizminister v. Bernuth: In der Auffassung des Gesetzes-Entwurfs könne man auseinandergehen; in dem Ziele wisse er sich mit dem Vorredner einig.

Dr. Tellekamp: Die Verantwortlichkeit der Minister und der Beamten beruhe auf demselben Grundgedanken. Die Krone selber habe ein wesentliches Interesse dabei, daß die Competenz der Gerichte nicht beschränkt werde und gerade die Freunde der Krone müßten der Vorlage beistimmen. Die Achtung vor dem Gesetze könne nur gewinnen, wenn Jeder wisse, daß die Beamten für ihre Verhandlungen verantwortlich seien.

Dr. v. Zaner (unverständlich) für die Vorlage. Der Regierungs-Commissar befreite, daß das Gesetz darauf hinzielt, die Verantwortung, ja den König den Gerichten zu unterwerfen; man vermische dabei die materielle und die formelle Seite der Frage. Man müsse unterscheiden zwischen dem, was die Verwaltung als Organ der Regierung ausführe und dem, was dann folge, wenn die Verwaltung in die Privatrechtsphäre übergehe. Nie habe eine preussische Verwaltung es bestritten, daß sie für die Ausdehnungen den Gerichten Rede und Antwort zu stehen habe. Das sei z. B. in einem Prozesse gegen den Handelsminister als Vertreter des Fiskus der Fall gewesen, wo Eisenbahngesellschaften den Minister verklagten, daß er durch den Befehl, Nachtzüge einzurichten, seine Befugnisse überschritten habe; der Handelsminister habe nicht daran gedacht, den Conflict zu erheben, und die Gerichte aller Instanzen nicht einen Augenblick bezweifelt, daß die Frage zu ihrer Competenz gehöre.

Nachdem der Berichterstatter den Antrag der Commission nochmals befragt, wird § 1 (Aufhebung des Gesetzes von 1854) fast einstimmig abgelehnt.

Der Justizminister erklärt, daß er nach diesem Resultate auf die fernere Verhandlung des Entwurfs keinen Werth mehr lege.

Das Haus geht in Folge dieser Erklärung zu dem nächsten Gegenstande der Tagesordnung über, dem Bericht der vereinigten 8. (Justiz-) und 12. Commission über den Gesetzentwurf, betreffend eine vorläufige Bestimmung über die Regulirung der ausserrechtlichen und bürgerlichen Verhältnisse beauftragter Eigentumsverleihung in Neuvorpommern und Rügen. Die Commissionen beantragen Ablehnung der Vorlagen.

Vizepräsident Graf Stolberg übernimmt den Vorsitz.

Der Berichterstatter Hr. Hering setzt den Zweck des Entwurfs auseinander, der kein Sittengesetz sei, sondern davon ausgehe, die Wirksamkeit des für Neuvorpommern und Rügen in Abicht genommenen Gesetzes, betreffend die Einführung des dritten Abschnittes des Gesetzes vom 2. März 1850, auf den 1. Januar 1861 zurückzuführen. Die Commission habe den Entwurf abgelehnt, da sie von demselben nur Rechtsunsicherheit und störende Verwickelungen erwarte.

Nach einer in das Detail gehenden Discussion, an welcher auf der einen Seite der Minister der landwirthschaftlichen Angelegenheiten, Graf Pückler, und sein Commissar Geh. Regierungsrath Schumann, auf der andern die Herren Dr. Ghe, v. Wieding, Fabricius und Kleist-Regow Theil nahmen, wird der nur aus einer Hauptbestimmung bestehende Entwurf einstimmig abgelehnt. (Dafür erhebt sich nur der Minister Graf Pückler.)

Schluß der Sitzung 3 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr.

Berlin, 29. Mai. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben am 27. Nachm. in Allerhöchstem Palais den von Sr. Maj. dem Sultan in außerordentlicher Mission an Allerhöchstdieselben entsandten Votivkaiser am kaiserl. französischen Hofe, Bely Pacha, in Begleitung des hiesigen Gesandten der hohen Pforte, Artarschi Bey, in einer Privat-Audienz zu empfangen geruht. — Der Erstere hatte die Ehre, Sr. Maj. dem Könige das Antwortschreiben seines Souverains auf die Notification über das Abbleiben des hochseligen Königs Majestät und den Regierungs-Antritt Sr. Majestät, so wie gleichzeitig die Allerhöchstdieselben von Sr. Maj. dem Sultan überfandene Decoration des Medjidie-Ordens zu überreichen. — Se. Maj. der König haben allergnädigt geruht: Den Stadtrichter Schulze hier selbst zum Stadtrichter-Rath, ferner: die Kreisrichter Moll zu Weuthen, Peterknecht zu Rosel, Reutirchner zu Tarnowitz und Klose zu Ober-Glogau zu Kreis-Richtern zu ernennen; den Rechts-Anwalt und Notaren Horzke zu Ratibor und Wigenhusen zu Dypeln den Charakter als Justiz-Rath, dem Appellations-Gerichts-Secretair Warsis in Ratibor und dem Kreis-Gerichts-Secretair und Kanzlei-Direktor Pelz zu Dypeln den Charakter als Kanzlei-Rath, und dem Kreisgerichts-Salarialassen-Rendanten Roether zu Dypeln den Charakter als Rechnungs-Rath zu verleihen. (St.-A.)

Berlin, 29. Mai. [Die syrische Frage. — Die Admiralität des deutschen Bundes. — Herr v. Zedlig.] In der syrischen Frage hat der Streit zwischen England und Frank-

reich, den beiden Bundesgenossen, welche schon seit Jahren in dem wunderlichen Verhältnis einer bewaffneten Freundschaft leben, wieder einmal mit einem Compromiß geendet. Das Tuilerien-Kabinet hat sich trotz allen Sträubens in die Räumung Syriens zu dem vertragsmäßig festgesetzten Termin fügen müssen. Dagegen hat die französische Politik, wie man erfährt, in Betreff der zukünftigen Verwaltung des Libanons einen kleinen Erfolg errungen. Ueber den Punkt, daß die Regierung des Berglandes nur einem Hauptlinge, und zwar einem christlichen Fürsten, anzuvertrauen sei, waren die Mitglieder der europäischen Konferenz schon zum Einverständnis gelangt. Aber die von Frankreich vorgeschlagene Kandidatur des Emirs Medschid, eines Abkömmlings des Emir Beschir aus der Familie Cheab, war bisher von England lebhaft bekämpft worden. Inzwischen stand die britische Diplomatie mit ihrem Widerspruch ziemlich vereinsamt da, weil gegen die Wahl eines im dortigen Lande sehr angeesehenen Hauptlings nicht viel Pausibles eingewendet werden konnte. Schließlich soll, wie verlautet, auch England seine Zustimmung erteilt haben. Man wird es Preußen nicht verargen, wenn es sich bei dieser Gelegenheit nicht blindlings auf das schwanfende Fahrzeug der englischen Politik eingeschiff hat. In Personenfragen eine systematische Opposition zu machen, mag den britischen Staatsmännern angemessen scheinen, die spezifischen Interessen im Orient zu vertreten haben. Den anderen Mächten mußte eine vermittelnde Stellung gerathener erscheinen, natürlich unter Vorbehalt der Einwilligung von Seiten der Pforte. Namentlich fand man es weise, den Rückzug Frankreichs durch ein Zugeständniß zu erleichtern und ihm durch die Berufung seines eigenen Kandidaten ein erhöhtes Interesse an der Erhaltung des Friedens nahe zu legen. Auf die Consequenz des britischen Widerspruchs war überdies nicht zu rechnen. — Der „Hamburger Correspondent“ hat die Entdeckung gemacht, daß Hannover berufen sei, die „Admiralität des deutschen Bundes“ zu übernehmen, weil es ein bedeutendes Küstenland, gute Häfen und eine ansehnliche Handelsmarine habe. Leider muß man hinzufügen, daß ein Hauptforderniß, der Eifer für die maritimen Interessen Deutschlands vollständig fehlt; denn gerade Hannover hat die Küstenbefestigungs-Angelegenheit Monate lang hingeschleppt und gewährt der Sache einen sehr lauen Beistand. — Der Umstand, daß der Polizei-Präsident geftern wieder einmal bei Sr. Maj. Vortrag gehabt hat, ist keineswegs auf ein Verbleiben des Hrn. v. Zedlig in seiner Stellung zu deuten.

Berlin, 29. Mai. [Die dreitägige Sitzung der ständigen Deputation des deutschen Juristentages] hatte deren sämtliche fünfzehn Mitglieder vereinigt. Man beschäftigte sich, nach der „Preussischen Gerichtszeitung“, am ersten Tage vornehmlich mit Verbesserungs-Vorschlägen, das Statut betreffend, und beschloß insbesondere folgende Änderungen bei der Plenarversammlung des Juristentages zu beschließen: 1) für den Fall, daß der Juristentag die Wahl der ständigen Deputation nicht durch Stimmzettel, sondern durch Aklamation vorzunehmen beschließt, die Nachvollkommenheit des Präsidenten dahin einzuschränken, daß nicht er allein, sondern der Präsident, seine Stellvertreter und je zehn von jeder Abtheilung zu erwählenden Vertrauensmänner die Liste der zur Aklamation vorzuschlagenden Personen festzustellen haben. 2) den Jahresbeitrag vom nächsten Vereinsjahre an von 3 Thlr. auf 2 Thlr. herabzusetzen. — Am zweiten Sitzungstage wurde seitens des Justizraths Dorn über die Waldschützen und seitens des General-Staatsanwalts Dr. Schwarz über die Lemwischen Anträge referirt. In letzterer Beziehung erkannte die Deputation unter Anderem mit Stimmeneinstimmigkeit es für wünschenswerth an, daß dem durch eine strafbare Handlung Beschädigten, falls die Staatsanwaltschaft die strafgerichtliche Verfolgung ablehne, die sogenannte Privat-Anklage gestattet und daß in jedem Falle dem Beschädigten der Anschluß an das Strafverfahren zur Geltendmachung seiner Schadensansprüche nachgelassen werde; daß ferner die Vertheidigung, da auch ihre Thätigkeit einem Postulat der Gerechtigkeit entspreche und nicht lediglich Parteithätigkeit sei, ausgedehnte Befugnisse, insbesondere das direkte Fragerecht, erhalte. — Am Schluß der Sitzung wurde der Vorsitzende um Auskunft erucht über den gegenwärtigen Stand der Frage nach dem Zustandekommen einer gemeinsamen deutschen Civil- und Criminal-Prozeß-Ordnung. Der Präsident entsprach am folgenden Tage diesem Eruchen. Es ist bekannt, daß die preussische Regierung der österreichischen den Vorschlag zur gemeinschaftlichen Erreichung der Initiative gemacht und daß die österreichische sowie andere deutsche Regierungen die Ansicht ausgesprochen, das erstrebte Ziel werde am besten auf demselben Wege, auf welchem das deutsche Handelsgebuch in's Leben gerufen worden, nämlich in der Art erreicht werden, daß die Einladung zum nationalen Werke von der Bundesversammlung (nicht von Preußen und Oesterreich allein) ausgehe. Die Deputation hielt einmüthig dafür, daß eine etwaige Meinungs-Differenz über den zunächst einzuschlagenden Weg das gemeinsame Unternehmen nicht hindern dürfe und daß auch jezt der zweite Weg, falls er nur zum Ziele führe, in Preußen nicht minder wie in dem übrigen Deutschland allseitige Billigung finden müsse. Die Deputation sprach daher einstimmig den Wunsch aus: „es möge von den deutschen Regierungen das nationale Ziel einer einheitlichen Prozeßgesetzgebung mit Entschiedenheit angestrebt und dabei verhütet werden, daß auf dem Wege zu diesem hohen Ziele Schwierigkeiten bereitet würden, an welchen die Erreichung desselben scheitern könne, oder daß durch Meinungsverschiedenheiten über die bloße Zweckmäßigkeit des einzuschlagenden Weges die große Sache selbst gefährdet werde.“ — Unter den Anträgen, welche die Deputation auf die Tagesordnung des nächsten Juristentages zu stellen beschloß, ist folgender Antrag des Stadtrichters Primker (Breslau) hervorzuheben: „Der deutsche Juristentag wolle aussprechen, daß die Unabhängigkeit der Rechtspflege nur dann gewahrt ist, wenn der alte deutsch-rechtliche Grundgedanke, daß die Gerichte in allen Fällen über ihre Competenz selbst und ausschließlich zu entscheiden haben, ungehämmerter Geltung hat.“ — Am Abend des 24. Mai empfing Se. Maj. der Kronprinz sämtliche Deputationsmitglieder und ertheilte ihnen, nachdem er sich mit jedem Einzelnen in huldvollster Weise unterhalten, die Versicherung, daß er den Bestrebungen des Juristentages und der

Charleston.

In einer ihrer letzten Nummern bringen die „Times“ aus der Feder eines Special-Correspondenten, den sie, wie es scheint, zur fortwährenden Berichterstattung über die Vorgänge in den von der nord-amerikanischen Union abgefallenen Südstaaten dahin entsendet haben, folgenden kurz nach dem Fall Fort Sumter's geschriebenen, Ende April datirten Brief aus Charleston:

„Die militärischen Vorbereitungen und die Positionen der Südcaroliner waren umfassender und stärker, als man von Seiten eines verhältnismäßig kleinen Staates ohne beträchtliche innere Organisation oder Hilfsmittel erwarten konnte. General Beauregard und Major Whiting haben sich besonders hierum verdient gemacht. Beide gehörten früher dem Geniecorps der Vereinigten-Staaten-Armee an; beide hatten, außer ihrer Capacität, auch hinlänglichen Einfluß, der Energie der undisciplinirten Massen die geeignete Richtung zu geben, und sie von dem früher projectirten gefährlichen Versuche einer Erstürmung des Forts Sumter abzubringen. Seit lange hatte der Staat Südcarolina Waffen und Munition zusammengebracht; mit dem Gedanken einer Kostrennung von der Union, nöthigenfalls selbst durch Waffengewalt, war er schon seit dem Nullificationsfreit umgegangen. Als General Beauregard und Major Whiting hierher kamen, waren die zum Schutz gegen die Flotte und zum Angriff auf Fort Sumter bestimmten Werke noch in einem sehr unvollkommenen Zustande. Major Anderson und seine Officiere waren voller Verachtung gegen die Batterien der Civilisten und Milizmänner, und konnten es in mancher Hinsicht auch sein. Eines schönen Morgens indeß, als sie die Arbeiten des Feindes während der vorhergehenden Nacht die Musterung passiren ließen, fanden sie zu ihrem Erstaunen, daß die Dinge ein ganz anderes Ansehen gewonnen hatten; es mußten Leute, die ihre Sache verstehen, die Hand im Spiel gehabt haben, das war klar.

Die seltsame Stellung, die sie zu denen einnahmen, welche sich zu ihrer Vernichtung anschickten, verhinderte sie, die nabellenden Mittel für die Abwehr der heranziehenden Gefahr anzuwenden. Hätte Major Anderson ein wohlgeordnetes Feuer gegen den Feind erhalten von dem Augenblick an, wo derselbe seine Batterien aufzuwerfen und Fort Moultrie in den Stand zu setzen begann, so würde er seine Arbeiten auf das äußerste erschwert und jeden seiner Fortschritte mit Blut bezeichnen haben. Er hatte eine entschieden dominirende Stellung, aber er hatte nicht die Vollmacht, sich in der einzigen Weise zu vertheidigen, in der eine Vertheidigung möglich war. Zu spät — diese verhängnißvolle Phrase war das Echo in jeder Ordre, die ihm vom Regierungssitz in Washington zuzug. Unterdessen arbeiteten die Südcaroliner an ihren Batterien, und waren bald im Stande, in den leichten sandigen Flächen, wo sie ihre Kanonen und Mörser aufstellten, Deckung zu erlangen. Sie übten ihre Leute an den Geschützen, häuften Kugeln und Bomben auf, füllten ihre Magazine und drückten ihre Rekruten ungestraft zweitausend Schritte von dem Fort. Man weiß, was die Ungefahrtheit in offenen Demonstrationen werth ist. Sie erzeugt und nährt den Enthusiasmus. Täglich strömten Freiwillige herbei zu den verschiedenen Compagnien, oder bildeten neue Wehvereine, und die heterogene buntschneidige Menge nahm allmählich den Charakter einer Armee, wenn auch einer irregulären, an.

Gegenwärtig ähnelt Charleston einem Platz in der Nähe eines Lagers, wo Militärs und Volontär-Schneider Experimente in Uniformen machen und ihre lebendigen Modelle zur Inspektion einsenden. Es herrschte eine enbloße Mannichfaltigkeit von oft nichtweniger als schönen Trachten, Equipirungen und Namen in diesen Compagnien. Die Kopfbedeckung ist im allgemeinen eine leichte Mütze, ähnlich dem französischen Käppi; der Rock ist von dem verschiedenartigsten Schnitt, Farbe, Aufschlägen und Stoff; Grün mit grauen und gelben Aufschlägen, Grau mit Orange, Weiß und Schwarz, Blau mit Weiß und Gelb,

Hellbraun, Dunkelbraun, Olivenfarben — Jacken, Fracks, Tuniken, Blousen, Uch, Leinen, Halbtuch, Flanel. Die Officiere haben meist blaue Fracks mit Metallknöpfen und rothe Schärpen; den Rang zeigende goldene Tressenparallelogramme auf den Achselklappen an, die denen in der russischen Armee gleichen. Die Waffen der Leute scheinen gut gehalten und in guter Ordnung. Manche schultern indeß noch die „weiße Bef“, die alte ungezogene Muskete mit ungebrauntem Rohr. Die gegenwärtige Zahl der Männer unter Waffen in und um Charleston beträgt nach einer mit von den Behörden mitgetheilten Liste 12,002 Mann.

Die Truppen sind unlesbar körperlich tüchtig. Hin und wieder sieht man wohl schwächliche und kleine Leute, die große Mehrtheit hat aber das durchschnittliche Maß des europäischen Militärs und ist wohlgebaut und muskelkräftig. Blickt man auf den gesunden, wohlausgewachsenen, hübschen Menschenschlag, der sich in den Straßen, den Schänken und den Hotelhallen bewegt, so hat man die handgreiflichste Widerlegung des Arguments, dessen die Caroliner sich selbst zu bedienen pflegen, daß nämlich in ihrem Staate die weiße Race nicht gedeihe. In Gliedmaßen, Gestalt, Größe, Gewicht kommen sie jedem andern Volk gleich, das ich gesehen habe, und ihre Züge sind regelmäßig und wohlprononcirt. Sie sind dem idealen Amerikaner unserer Karrikaturen und unserer Bühne so unähnlich, wie der „milor“ der Pforte St. Martin dem englischen Gentleman. Zum Theil rührt diese Superiorität davon her, daß die Masse der weißen Bevölkerung in allem andern, als dem Namen, Aristokraten oder vielmehr Oligarchen sind. Der Staat ist ein einziges riesiges Sparta, in welchem das Helotenhum von seinen Herren durch den unvergleichbaren Unterschied der Farbe und Race gekennzeichnet ist. Weiße, welche nicht Ackerbau treiben, Land und Sklaven besitzen, giebt es nicht viel. Die Herren genießen jeden Vortheil, der zur physischen Kräftigung und Bildung beitragen kann; die rein intellectuellen Genüsse des Lebens sind sie freilich geneigt

händige Deputation gern jede Unterstützung werde angeben lassen. Am 23. Mai hatte der Herr Justizminister v. Bernuth, der inwischen Mitglied des deutschen Juristentages geworden, die ständige Deputation durch eine Einladung zum Diner beehrt.

Das Gesetz vom 22. Mai 1861 — betreffend die Ermäßigung der Bergwerksabgaben, welches so eben im St.-A. publizirt wird, bestimmt:

§ 1. Der Zwanzigste vom Ertrage der Bergwerke soll, so weit er nach den bestehenden Gesetzen in Geld oder in natura zu den Staatskassen fließt, mit dem 1. Januar 1862 um ein Fünftel und sodann vom 1. Januar jedes Jahres ab, in dessen Vorjahr diese Abgabe mit Hinzurechnung der Aufschlagssteuer (§ 8 des Gesetzes vom 12. Mai 1851) die Summe von Einer Million Thalern erreicht hat, um ein weiteres Fünftel ermäßigt werden, bis er auf zwei Fünftel seines gegenwärtigen Betrages oder zwei vom Hundert des Ertrages herabgesetzt ist.

Die nach dem 1. Januar 1862 eintretenden Ermäßigungen werden durch königl. Verordnung verkündet.

§ 2. Bei Feststellung und Erhebung der in § 1 bezeichneten Abgabe findet das nämliche Verfahren statt, wie bei der Ermittlung des Zwanzigsten, nach Maßgabe des Gesetzes vom 12. Mai 1851.

§ 3. Mit der Ausführung des gegenwärtigen Gesetzes wird der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten beauftragt.

Berlin, 29. Mai. [Vom Hofe.] Sr. M. der Königin arbeitete heute Vormittags von 11 bis 1 Uhr mit dem Geh. Rath v. M. Birkh. Geh. Rath Plaire. — Sr. M. die Königin hat am vorigen Sonntag dem Gottesdienste in der St. Matthäi-Kirche beigewohnt, hierauf mit Sr. M. dem Könige und S. k. H. dem Kronprinzen und der Frau Kronprinzessin Ihrer Majestät der verwitweten Königin einen Besuch abgestattet und auf Schloß Babelsberg gespeist. — Am Montag empfing Sr. M. die Königin, nach der von Sr. M. dem Könige dem in einer Spezial-Mission hier eingetroffenen kaiserlich türkischen Botschafter Vely Pascha ertheilten Audienz, diesen und die ihn begleitenden Herren, welche demnächst zur königl. Tafel geladen waren. Gestern fand zu Ehren des hier anwesenden Fürsten und der Fürstin von Waldeck ein Diner im königl. Palais statt. — Sr. M. die Königin nahm mit S. k. H. dem Kronprinzen und der Kronprinzessin die drei ältesten unter dem städtischen Patronat stehenden Kirchen Berlins, die St. Nikolai, Kloster- und Marien-Kirche, in Augenschein. — Der bairische Gesandte am hiesigen Hofe, Freiherr Marschall v. Bieberstein, hat sich heute Früh zu einer mehrwöchentlichen Kur nach Karlsbad begeben.

Deutschland.

Schwabe, 25. Mai. [Wahl.] Heute fand hier die Wahl eines Abgeordneten der Berra-Städte statt, und waren zu solcher, wie die „S. M. Ztg.“ berichtet, von 31 Wahlmännern 29 erschienen, während Bürgermeister Krüschell von Allendorf, der bei der vorjährigen Wahl ohne Protest gewählt hatte, und Kaufmann Kädel von Wippenhausen, Letzterer durch eine Geschäftsreise verhindert, ausgeblieben waren. Sämtliche Wahlmänner — mit alleiniger Ausnahme der drei Wahlmänner von Wanfried — gaben eine schriftliche Erklärung zu Protokoll, daß aus ihrer Wahl eine Verzichtleistung auf die Verfassung von 1831 nicht gefolgert werden solle und sie nur unter der Voraussetzung wählen, daß der Gewählte nach Kräften für Herstellung der alten Verfassung wirken wolle. Hierauf wurde der frühere Landtagsabgeordnete Bürgermeister Mangold zu Wippenhausen mit allen Stimmen gegen seine eigene Wiederwahl, und von ihm das feierliche Versprechen abgelegt, im ausgesprochenen Sinn seiner Wähler handeln zu wollen.

Würzburg, 27. Mai. [Die Militärkonferenzen.] In dem Schreiben, mittelst dessen Bayern die Mittelstaaten zu der jetzt hier tagenden Konferenz von Militär-Bevollmächtigten eingeladen hat, kommt nach der „Wes.-Z.“ unter anderen folgende Stelle vor:

„Zum Zweck der Einleitungen für den Vollzug des Conventionsentwurfs glauben wir aber zunächst den Zusammentritt der in § 10 desselben vorgesehenen Konferenz von Generalstabsoffizieren und Verpflegungsbeamten in Anregung bringen und als Ort des Zusammentritts am passendsten wieder Würzburg, als Zeit desselben etwa Mittwoch, den 22. laufenden Monats in Vorschlag bringen zu sollen. Gleichzeitig würde sodann nach § 12 ebenfalls die Bestimmung der Befehlshaber und die Zusammenziehung der Hauptquartiere und Generalstäbe der vier Armeecorps (7, 8, 9 und 10) zu geschehen haben und endlich nach § 6 „zur eventuellen Bezeichnung des Oberbefehlshabers der vereinigten Armeecorps“ zu schreiten sein, welche letztere wohl am tüchtigsten durch baldgefällige gegenseitige Mittheilung der getroffenen Wahl zu bewerkstelligen sein dürfte.“

Hannover, 27. Mai. [Hannoverscher Begriff von Pressefreiheit.] Dem Drucker des „Hannoverschen Courier“ ist vorgeworfen, wie der „Wes.-Z.“ geschrieben wird, wegen „mehrerer strafbarer Angriffe“ eine schriftliche Verwarnung ertheilt, nachdem er am Tage zuvor das nachstehende der Redaktion in Abschrift zugestellte Ministerialschreiben empfangen hatte:

„In dem vom dem Herrn Buchdrucker Grimpe gedruckten „Hannoverschen Courier“ ist die „Neue Hannoversche Zeitung“ mehrfach, namentlich auch in der letztverfloffenen Zeit, als „offizielles“, „offiziöses“, „halbamtliches“ Blatt bezeichnet, und daneben sind verschiedene Artikel dieses Blattes scharf angegriffen worden so daß dadurch diese Angriffe als gegen die Regierung gerichtet, aufgefaßt werden können. Der Herr Buchdrucker wird darauf aufmerksam gemacht, daß die „Neue Hannoversche Zeitung“ nur insoweit amtlich ist, als solches in der Zeitung ausdrücklich durch die Ueberschrift bemerkt wird, daß im Uebrigen dieses Blatt selbstständig von der auch dafür verantwortlichen Redaktion geleitet wird. Insofern daher fortan im „Courier“ die „Neue Hannoversche Zeitung“ weitergehend als der darin ausdrücklich bezeichnete Theil der amtlichen Nachrichten als amtlich oder halbamtlich, oder officös bezeichnet werden sollte, werden den eintretenden Umständen nach Angriffe gegen Artikel der „Neuen Hannoverschen Zeitung“, als gegen die

Regierung gerichtet, aufzufassen sein, und es wird demgemäß nach den bestehenden Vorschriften verfahren werden. Hannover, 21. Mai 1861. Königl. hann. Ministerium des Innern. v. Borries.“

* Bremen, 27. Mai. [Centralgewalt.] Für die nächste Sitzung der Bürgerschaft sind von 26 Mitgliedern Anträge auf Herstellung einer Centralgewalt und deutschen Volksvertretung angezeit; zugleich sollen Anstalten für Sicherung der Küsten und des Seeverkehrs, Bau von Dampf-Kanonbooten u. getroffen werden, „um dem gegenwärtigen Zustande der Wehrlosigkeit Deutschlands zur See ein Ende zu machen.“

Oesterreich.

Wien, 29. Mai. [Aus dem Abgeordnetenhaus. — Venetianisches. — Zur Protestantenfrage.] Smolka und seine Partei scheinen die Taktik, die Kompetenz des Abgeordnetenhauses für Angelegenheiten, welche das ganze Reich unmittelbar betreffen, consequent bestreiten und dadurch das Ministerium zu einer definitiven Beschlüßfassung in Betreff der Stellung Ungarns zum Reichsrathe nöthigen zu wollen. Wie vorgestern in der Frage über die den Mitgliedern des Reichsrathes zu bewilligenden Diäten, bekämpfte Smolka heute bei den Debatten über die Immunität der Abgeordneten des Reichsrathes und der Landtage die Kompetenz des Hauses; er fand diesmal bereits eine größere Unterstützung, als am Montage, und dürfte, wenn die Dinge so fortgehen, ziemlich bald das Cabinet dahin gebracht haben, wozu es auch der größte Theil der Linken und des linken Centrums bringen möchte, zu einer Klärung der Begriffe „engerer“ und „weiterer“ Reichsrath.

Im Venetianischen machen die Anhänger der Regierung große Anstrengungen, die in vielen Kreisen sich geltend machende Verstimmung über Piemont zur Bildung einer österreichischen Partei zu benutzen. Das Programm dieser „Austriacanti liberali“ lautet dahin, Venedig möglichst national als eine autonome Provinz des österreichischen Staates mit besondern, den Eigentümlichkeiten des Landes angemessenen Institutionen zu constituiren. Namentlich soll das Landesstatut ganz „national“ und im Style der napoleonischen Verfassung des Königreiches Italien eingerichtet werden. Für diese Idee sei, so versichert man, ein großer Theil des vornehmeren Adels und der besitzenden Klassen eingenommen, da ihnen der Assimilationsprozeß in den Piemont neu annerirten Provinzen als ein keineswegs begehrenswerther Zustand erscheine. Möglich wäre es, daß auf diesem Wege wenigstens eine gewisse Beruhigung erzielt werden könnte. Allzuviel darf man sich übrigens nicht versprechen, denn national war auch die bisherige Verwaltung des lombardisch-venetianischen Königreiches.

Die Thnen telegraphisch mitgetheilte Angabe der „Oesterreichischen Zeitung“, es sei gegen den Clerus in Feldkirch wegen seiner Agitation gegen die Protestanten eine Untersuchung eingeleitet worden, ist nicht ganz genau. Es wurde nur eine Untersuchung eingeleitet gegen die Urheber und Verbreiter eines kirchlichen Plakates, das eine Majestätsbeleidigung enthalte hatte.

Wien, 29. Mai. [Der Verkehr mit Italien.] Obwohl das Wiener Cabinet an nichts weniger denkt, als an eine Anerkennung des Königreiches Italien, und bei dem dormaligen Stande der Beziehungen zwischen Oesterreich und Italien, wir in Italien in keiner Weise vertreten sind, so ist wiederholt die Frage aufgetaucht, in welcher Weise der trotz alledem unerlässliche Verkehr mit den Behörden des Königreiches Italien stattfinden. Aufschluß darüber giebt uns eine Mittheilung der „Tribune“, der zufolge an die sämtlichen Gerichte eine Ministerial-Verfügung vom 29. v. M. herabgelangt ist, welche den Verkehr unserer Behörden mit jenen des „Königreiches Italien“ in einer die privatrechtlichen Interessen der Parteien schonenden, die Nichtanerkennung des neuen Königreiches aber entschieden aufrecht haltenden Weise regelt.

Es geht aus dieser Ministerial-Verfügung hervor, daß die österr. Regierung sowohl den Titel eines Königs von Italien, den Victor Emanuel angenommen, als die in Italien stattgehabten Annerionen nicht anerkennt, die von der factischen Regierung Italiens aufgestellten Behörden als illegal und die von denselben ausgeübten Regierungssakte als ungiltig, sowie die von ihnen ausgestellten Urkunden als null und nichtig betrachtet. Damit jedoch die privatrechtlichen Interessen der beiderseitigen Landes-Angehörigen durch die consequente Durchführung dieses Princips nicht verletzt werden, hat das k. k. Ministerium des Auswärtigen unter Aufrechthaltung des erwähnten Protestes angeordnet:

1. Den Bewohnern und Angehörigen des Königreiches beider Sicilien, der römischen Marken und sonstigen Theile des Kirchenstaates sollen, insofern ihrem Eintritte nach Oesterreich nicht specielle Bedenken entgegenstehen, ihre sardinischen Pässe zwar nicht wirksam, sondern in Händen belassen werden, dagegen von der österreichischen Grenzbehörde auf vierzehn Tage lautende Interims-Certificates, eventuell im Falle eines beabsichtigten längeren Aufenthaltes in den k. k. Staaten, von der Landesstelle des betreffenden Kronlandes auszufüllende Interimspässe gegen Abnahme des obigen Certificates ausgefolgt werden. Die Interims-Documente sind den betreffenden Reisenden bei ihrem Austritte aus Oesterreich wieder abzunehmen.

2. Ist den seitens der factischen Autoritäten des Königreiches beider Sicilien und der römischen Marken ausgestellten Urkunden und Legalisirungen, insofern selbe mit der Beglaubigung der königl. preuß. Gesandtschaft in Turin veriehen sind, in Oesterreich die volle gesetzliche Kraft beizumessen.

3. Den österreichischen Behörden ist es gestattet, amtliche Ertragschreiben an die factischen Gerichte und Regierungs-Organen der genannten Länder zu

richten, und den Rogatorien und Requisitionen der letzteren ist in Oesterreich die gleiche Folge zu geben, als ob sie von legalen Behörden ausgingen. Die betreffende Correspondenz wird durch das k. k. Ministerium des Aeußern und die königl. preuß. Gesandtschaft in Turin vermittelt. Zene Oberbehörden, welche mit der genannten königl. Gesandtschaft bisher in directer Correspondenz gestanden haben, können diesen unmittelbaren Schriftwechsel auch in solchen Angelegenheiten eintreten lassen, welche die zuletzt annectirten Länder betreffen.

4. Wegen Zulassung der den neu annectirten Gebieten angehörenden, mit sardinischen Documenten besetzten Schiffe in österreichischen Häfen wird eine besondere Verhandlung eingeleitet.

Bezüglich des neu angenommenen Titels eines „Königs von Italien“ hat die österreichische Regierung dem turiner Cabinet erklärt, daß das Vorkommen dieses Titels, sowie der Benennung „Königreich Italien“ in amtlichen Urkunden und Ausfertigungen, Rogatorien, sowie auf Pässen bei der Beurtheilung der Rechtswirkung solcher Urkunden ohne Einfluß bleiben wird, jedoch gleichfalls unter der ein- für allemal verstandenen Verwahrung gegen die Unterstellung einer etwaigen Anerkennung der erwähnten Benennungen seitens der kais. Regierung. Es sind demnach solche im Namen des Königs von Italien erlassene Requisitionsschreiben oder amtliche Ausfertigungen seitens der österr. Behörden so zu behandeln, als ob der erwähnte Titel darin nicht gebraucht wäre. Hierbei macht es keinen Unterschied, ob die fraglichen Dokumente sich auf das Staatsgebiet des Königreiches Sardinien oder auf die annerirten mittel- und süditalienischen Länder und Territorien, namentlich auf die Gebiete von Parma, Modena, Toskana, das Königreich beider Sicilien und die von piemontesischen Truppen besetzten Theile des Kirchenstaates beziehen.

Endlich wird den österr. Gerichten eingeschärft, daß im amtlichen Verkehr mit den öffentlichen Organen Sardinien und der annerirten Länder jede Ausdrucksweise zu vermeiden ist, aus welcher eine Anerkennung der Rechtmäßigkeit der gewaltsamen Occupation der letzteren oder der Existenz eines „sogenannten Königreiches Italien“ gefolgert werden könnte.

Italien.

Turin, 25. Mai. [Die Anerkennungfrage.] Die Ereignisse in Mailand haben die öffentliche Meinung sehr tief berührt. So viel ist gewiß, daß an die Anwesenheit Franz II. in Rom sich ein ganzes System von Aufregungen, Wählerereien und Revolutionirungen knüpft. Das wird nun sogar von Hr. v. Grammont zugestanden, der in seinem neuesten Berichte bekennet, daß er sich habe irreführen lassen, und daß er die Beweise von den bourbonischen Intriguen in Rom habe. König Viktor Emanuel hat an Napoleon III. einen Brief über die Situation geschrieben und über die Verlegenheiten, welche die Haltung der französischen Regierung dem neuen Königreiche bereitet. So viel ich weiß, hat der Kaiser auf dieses Schreiben mit einem sehr freundlichen Briefe geantwortet. Wie ich Ihnen schon einmal gemeldet habe, verlangt Frankreich, daß die italienische Regierung die Verpflichtung eingehe, das Patrimonium Petri weder selbst zu besetzen noch durch Andere besetzen zu lassen. Diese Verpflichtung wird nun die Gestalt eines förmlichen Vertrages bekommen, und hierauf soll die Anerkennung des Königreiches Italien vor sich gehen. Der König wird an den Kaiser schreiben, um die Anerkennung zu verlangen, und Napoleon III. einwilligen, dieselbe auszusprechen. Victor Emanuel wird hierauf eine beim pariser Hofe sehr angelegene Persönlichkeit in der Eigenschaft eines außerordentlichen Gesandten nach Paris schicken mit dem Auftrage, die offizielle Ankündigung der Ausrufung des Königreiches Italien vorzunehmen und die Anerkennung durch Frankreich sich zustellen zu lassen. Erst nachdem diese Anerkennung erfolgt ist, wird Herr v. Nigra, der seit zwei Tagen hier angekommen, sich als ordentlicher Botschafter nach Paris begeben. Aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte die römische Frage erst dann ihre vollständige Lösung finden. Ferner steht es prinzipiell noch immer fest, daß Frankreich seine Truppen allmählich aus Rom herausziehen wird, aber es ist insofern eine Veränderung eingetreten, daß die Anerkennung des neuen Königreiches als eine von der römischen unabhängige Frage betrachtet wird. Wenn meine Angaben mich nicht trügen, wird die offizielle Anerkennung schon im Laufe des nächsten Monats erfolgen. Hier legt man um so größeres Gewicht auf diese Anerkennung, als in politischer wie in finanzieller Hinsicht eine unmittelbare Erleichterung für die Regierung daraus erfolgen muß. Herr v. Nigra ist mit großer Herzlichkeit von Graf Cayour empfangen worden, und sein Bericht über die Lage im Neapolitanischen, aus dem einige Blätter Auszüge bringen, beweist, daß dieser Staatsmann in Neapel nicht auf Rosen gebettet gewesen ist. Hr. v. Nigra hat auch Lichtigtes geleistet, wenn auch noch viel zu thun übrig bleibt. Es muß vor Allem Franz II. aus Rom entfernt werden. (R. Z.)

[Die Vorfälle in Mailand.] Der mailänder „Bungolo“ berichtet über die Verhaftungen in Folge der Vorfälle vom 22. Mai: „Zahlreiche Verhaftungen sind am 23. erfolgt. Briefe, Waffen, Geld, Stand und Keumund der verhafteten Personen haben den Verdacht zur Gewißheit erhoben, daß es sich um eine von langer Hand angelegte Verschwörung handelte, deren Fäden nach Rom und Wien reichten. Es ist Thatsache, daß trotz der zahlreichen Verhaftungen noch viele und zum Theil die kompromittirtesten Personen mit der Eisenbahn abgereist sind; ein Priester, der Briefe und Geld bei sich hatte, wurde noch gerade verhaftet, als er mit der Eisenbahn entfliehen wollte. Dem Vernehmen nach haben die Gerichtsbehörden Briefe

zu vernachlässigen. Viele von denen, welche jetzt in Reihe und Glied stehen, haben Einkommen von 5,000—10,000 Pfd. St. — so sagte man mir wenigstens — und nannte mir einige, die noch viel mehr werth wären. Ein Gemeiner traktirt seine Compagnie mit Pasteten und Madeira, ein anderer mit Champagner sehr angenehm auf den dünnen Dänen; ein dritter kauft den Leuten seiner „Wache“ eine vollständige Ausrüstung von Enfeldbüchsen. Wie lange der Eifer und die Mittel dieser Gentlemen dauern werden, ist nicht leicht zu sagen. Gegenwärtig würden sie aber jedem Feinde fürchtbar sein, ausgenommen einer regulären Armee in offenem Felde. Feldartillerie oder die entsprechende Kavallerie haben sie jedoch nicht, auch sind sie nicht gewohnt, in großen Corps zu agiren.

Ich besuchte General Beauregard, den Kommandeur der Truppen Südcarolinas. Seine Adjutanten, Herr Manning, Herr Poncher Miles und Colonel Lucas, begleiteten mich. Der ersigeannte von diesen war Gouverneur seines Staates, der zweite Senator, der dritte Congressmitglied. Sie sind alle Volunteers und Gentlemen von Position im Staate; daß sie es nicht verschmähen, als Adjutanten eines professionellen Militärs zu agiren, beweist am besten, welch ein Geist in der Klasse herrscht, die sie repräsentiren. Herr Lucas ist ein Gentleman des Staates und agirt als Adjutant des Gouverneurs Pickens. Als wir die dicke Menge passirt hatten, welche plaudernd, rauchend Zeitungen lesend die große Halle von Mills' Hause erfüllte, traten wir auf die schmutzige, hinlänglich breite und mit Bäumen besetzte Straße. Die Häuser, nicht sehr hoch, sind sauber und geräumig und mit Verandas versehen; die Bäume geben den Straßen das Ansehen von Boulevards und die Stadt erinnert entfernt an den Haag. Das Hauptquartier befindet sich in einem großen luftigen öffentlichen Gebäude; es war keine Wache an der Thür; Officiere und Gemeine gingen ab und zu in der Halle, die durch verschiedene Vorhänge abgetheilt war, so daß für die Bureaux der „Garde“ Südcaro-

lina's gesonderte Räume gebildet waren. Wir traten in eines derselben ein und saßen die Officiere in Uniform an den Pulken, beschäftigt, Depeschen zu schreiben und Schriftstücke zu copiren. In einem kleineren Raum befand sich General Beauregard. Er saß ebenfalls an seinem Schreibtisch. Wer etwas von Militär versteht, unterscheidet leicht den „echten Artikel“ von dem nachgemachten; als General Beauregard sich erhob, um uns willkommen zu heißen, wußten wir, daß wir einen Mann vor uns hatten, der noch Größeres zu leisten im Stande ist, als Fort Sumter zu nehmen. Er ist ein kräftig gebauter, hagerer Mann von etwa vierzig Jahren, breitschultrig, von mittlerer Größe; an seinem Kopfe, den dichtes kurzgeschneittenes Haar bedeckt, treten entschieden die beiden phrenologischen Buckel der Reflexion und der Kampflust hervor, das Hinterhaupt hat eine echt gallische Form; die Stirn, breit und wohlentwickelt, tritt etwas über die scharfen dunklen Augen hervor, das Gesicht ist sehr mager mit hervorspringenden Backenknochen, einer wohlgeformten Albernase, einem scharfschnittigen breiten Mund und einem hervortretenden Kinn. Kommt es zu wichtigen militärischen Operationen, so wird sicher sein Name oft genannt werden.

Die Lage Charletons läßt sich mit wenigen Worten beschreiben. Die Stadt liegt so tief wie Venedig und hat, aus der Ferne gesehen, mit ihren wie Arme ausgestreckten Dänen und den in die marschigen Küsten einschneidenden Lagunen, einige Aehnlichkeit mit der Adria-Stadt. Auf einer sandigen Inselspitze linker Hand steht Fort Moultrie. Auf der Südseite einer anderen Sandinsel befinden sich die Batterien, die wegen ihrer Nähe und Position gegen die ungeschützte Seite des Fort Sumter vermuthlich am verderblichsten wirkten. Das Fort selbst liegt mitten im Hasen auf einer Felsen Spitze, und ist auf granitem Aufschutt gebaut.

Fort Sumter hat in der Entfernung eine Aehnlichkeit mit Fort Paul bei Sebastopol. Es ist ein abgestumpftes Pentagon mit drei

armirten Seiten. Der gegen Morris Island zugekehrte Theil ist nicht armirt, weil man von dort keinen Angriff befürchtet, und das Fort einzig gegen die Annäherung eines Feindes von der See her bestimmt war. Es soll im Ganzen über 200,000 Pfd. St. gekostet haben. Die Mauern, bis an den Rand des Wassers gebaut, sind 60 Fuß hoch und 8 bis 12 Fuß dick. Die Kriegsgarnison sollte wenigstens sechshundert Mann stark sein; es waren aber zur Zeit des Angriffes nur 79 und mit den Arbeitern 109 innerhalb der Mauern. Kugelnindrücke sieht man an denselben überall; allein mit einer Breche ist auch nicht der Anfang gemacht worden; der größte Schaden an einer Ecke der Südseite geht nicht über 2 Fuß tief in das Mauerwerk. Abgesehen von dem Niederbrennen der Kasernen und des Offizierquartiers und der dadurch verursachten excessiven Hitze, war für eine gut versorgte und hinlänglich starke Garnison kein Grund zur Uebergabe vorhanden. Major Anderson hatte aber weder das eine, noch das andere. Er war in jeder Hinsicht miserabel equipirt. Seine Kanonen waren ohne Schrauben, Sealen oder Tangenten, so daß man die Elevationen durch plumpe Holzkeile herstellen mußte; er hatte gar keine einzige Brandröhre für seine Bomben, die Kartuschen waren ausgegangen, er hatte nicht Eisen Mörser und es fehlte sogar an einer Feuerspritze. Unter günstigeren Umständen würde Major Anderson ohne Zweifel im Stande gewesen sein, die Truppen von Morris Island zu vertreiben, Fort Moultrie auszubrennen und das feindliche Feuer zum Schweigen zu bringen. Ohne bedeutenden Verlust wäre es dann nicht abgegangen, aber der der Confederirten wäre noch viel größer gewesen. So ist direkt durch das Feuer Niemand umgekommen. Eine Woche weiter, und es wird für eine Flotte unmöglich sein, irgend etwas zu thun, ausgenommen etwa, die Landung einer Armee zu decken, und dann muß sie sich mindestens 4 Miles von dem nächsten brauchbaren Strand fernhalten.

in Händen, welche von österreichisch-clericalen geheimen Agenten geschrieben wurden. Man schreibt der „Corr. Savas“ über die mailänder Vorfälle: „Die Regierung hat die Anstifter der in Mailand vorgefallenen Unruhen entdeckt. Man will bereits wissen, daß es österr. Agenten seien, doch be- fanden sich unter den Verhafteten auch mehrere exaltirte Republikaner. Unter den Compromittirten nennt man eine Person aus einer der vornehm- sten ultra-katholischen Familien von Mailand. Dagegen sollen die kürlich in Palermo und Catania festgenommenen Individuen sämtlich der ma- zini'schen Partei angehören. Die Gerichtsbehörden entfalten die größte Thä- tigkeit in der Untersuchung.

Die „Donau-Ztg.“ bringt folgende Mittheilung über die Excesse. Wie schon nicht unbekannt ist, hat sich seit längerer Zeit eine sehr able Stimm- ung der Bevölkerung bemerkt. Die Gründe derselben sind verschiedene. Vor Allem ist es das Gebahren der Regierung, welche die Leute verstimmt. Man hat nur getrachtet, alle österreichischen Reminiscenzen um jeden Preis zu beseitigen und zu verwischen, ohne dafür zu sorgen, etwas Besseres an ihre Stelle zu setzen. Hinter dem Spiegelbilde konstitutioneller Freiheit steht ein crasser Absolutismus, begleitet von einer polizeilichen Willkür, die ihres Gleichen sucht, und nur im Hasse gegen alles Deutsche die Freiheit bis zur Zügellosigkeit gestattet.

Dies verstimmt natürlich den Besitzstand und jene Partei, welche die frühere Regierung noch nicht vergessen hatte. Die Finanzoperationen andererseits brachten den Beamtenstand auf, welcher, auf Befehlsung angewiesen, seinen Lebensunterhalt immer mehr schwinden sah. Die Landbe- völkerung selbst war nie besonders piemontesisch gefinnt. Begreiflich daher, daß unter solchen Umständen die Idee einer Losrennung der Lombardei von Piemont und der Bildung einer eigenen Republik immer mehr Anklang, und Mazzini mit Garibaldi immer mehr Jünger fand.

Seit einiger Zeit schon kam es hier und da zu Tumulten, die zwar erst- ickt wurden, die aber der Beobachter leicht als Vorläufer ernstere Ereignisse ansehen konnte. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtete sie auch die Re- gierung, die von Lamarmora wiederholt auf die Stimmung der Bevölke- rung aufmerksam gemacht und aufgefordert wurde, die Truppenmacht zu vermehren, „denn“ — schrieb Lamarmora in einem seiner letzten Berichte — „man täusche sich nicht durch den Gedanken, die Lombardei sei uns ein Bru- derland. Die dortige Bevölkerung mit wenigen Ausnahmen liebt uns weniger, als sie die Deutschen liebt.“

Seit längerer Zeit schon munkelte man von einem Streiche, den die Re- publikaner vorhaben. Als in Folge der Ereignisse in Neapel die Regierung sich gezwungen sah, einen Theil der Truppen aus der Lombardei zu ziehen, um sie nach Neapel zu senden, schien der günstige Augenblick gekommen. — Den ersten Anlaß gab die Verordnung des Bisthums-Berwefers Monsignor Caccia, mit welcher dieser der Geistlichkeit die Betheiligung am Verfas- sungsfeiern untersagte. Diese Verordnung theilte den Clerus in zwei Lager, und stellte auch die übrigen Parteien einander offen gegenüber. Die piemont- esische Partei bestreite den Pöbel, der sich vor dem Hauje des Prälaten sam- melte, und dessen Wappen von der Mauer riß. Caccia mußte flüchten, aber nun erhob sich der ihm treugebliebene Clerus und die konservative Partei. Diesen Moment der Bestürzung und der Verwirrung benutzte die Republikaner zu einem Schlage, der, wenn er gelungen wäre, unsäglichen Glend über unsere schöne Stadt gebracht hätte.

Es war auf eine Zerstörung der größten Privat- und Regierungsanstal- ten abgesehen, der natürlich eine allgemeine Plünderung gefolgt wäre, wenn man reiflich hätte. Und dazu schienen die Elemente vorhanden; das ganze Land lieferte seine Kämpen.

Am 20. war die ganze Stadt voll von dem Gerüchte, daß man an dem folgenden Tage etwas Großes unternehmen wolle. Und zwar wurde als erstes Opfer der Volkswuth die Spiritusfabrik Sessa und Zumagalli be- zeichnet, weil man dem Pöbel begrifflich machte, daß sie es sei, die das Ge- treide und somit auch das Brodt vertheure. Am 21. Nachmittags sammelte sich plötzlich eine Volksmenge von wenigstens 3000 Menschen vor dem Fa- bricgebäude, dessen Thor geschlossen war. Man machte sich mit allem Eifer an das Werk der Zerstörung.

Auf den Marmruf eilte die Nationalgarde herbei. Sie wurde mit Stein- würlen empfangen, und da einige der Steinwürfe trafen und bedeutende Verwundungen verursachten, so bewirkte dies ein Zaubern und Jögern bei der Truppe, welche dem Pöbel Zeit ließ, in dem Zerstörungswerke fortzu- fahren. Nun kam Infanterie und ein Bataillon Bersaglieri. Diese griffen zwar herzhast an, aber das Werk war schon vollbracht.

Als das Militär anrückte, hatte auch der Pöbel plötzlich Waffen bekom- men, und der Kampf wurde ein ernsther. Der Pöbel, in Wuth gebracht, be- nutzte Alles zur Waffe. Hier gab es Tödtet und Verwundete von beiden Seiten.

Da auch die Infanterie mit der Horde nicht fertig werden konnte, wurde Cavallerie herbeigezogen, und der Befehl gegeben, nach dreimaligem Trom- melschlage zu feuern. Auf das hin zog sich die große Menge zurück, und nur die Wüthendsten blieben. Es wurde zu Verhaftungen geschritten, bei denen sich der frühere Kampf erneute. Gleichzeitig wurde ein Angriff auf die Knochfabrik des Binda gemacht, von wo man den Regierungspalast mit einem gleichartigen Besuche beehren wollte. Hier jedoch wurde die Menge auseinandergeprengt, ehe sie einen Schaden anrichten konnte. Die Nacht durch war der größte Theil der Garnison unter Waffen, und die National- garde bewachte mit scharf geladenem Gewehr ihre Hauptwache, da es hieß, daß auch diese zur Zerstörung bestimmt sei.

Die Nacht verlief indeß ruhig, aber gestern (23.) sammelte sich wieder das Volk in der Nähe der zerstörten Fabrik. Die Cavallerie hatte alle ihre Beamten ausgesandt, theils um Verhaftungen vorzunehmen, theils um den Unordnungen zu steuern. Von diesen wurden zwei auf offener Straße er- dölcht, mehrere andere angefallen, wußten sich zu retten. So viel man weiß, hat man Alles in Allem neun Tödtet und, man sagt, über fünfzig Verwun- dete. — Die Blätter benützen den Anlaß, um über das „perfidie Oesterreich“ herzufallen, das diese Scandale angezettelt habe.

Es ist dies der gewöhnliche Wis, der aber diesmal wirkungslos bleiben dürfte, denn das Volk weiß, was es ist. Der ganze Vorkall hatte große Aehnlichkeit mit den Februar-Ereignissen des Jahres 1853, sowohl in der Anordnung, als im Verlaufe. Die Gemüther sind beängstigt, denn man er- wartet eine Fortsetzung der Excesse.

Frankreich.

Paris, 27. Mai. Die Transportschiffe, welche vorige Woche von Toulon abgegangen ist, hat bereits Sicilien passirt. Sie kam dort am 24sten zur Sicht. Das Schrauben-Linienschiff Imperial, welches vorangeht, ist um dieselbe Zeit an Malta vorübergefahren. Man versichert, daß von hier aus in London neue Vorschläge über eine westmächliche Einigung in der syrischen Angelegenheit gemacht wurden. Man hebt dabei von französischer Seite namentlich den Humanitäts-Standpunkt hervor, den beide Mächte in dieser Frage ein- zunehmen hätten, und legt dar, daß ein zwischen England und Frank- reich bewerkstelligtes Uebereinkommen von den übrigen Mächten ange- nommen werden würde. Ein Rundschreiben an seine sämtlichen diplomatischen Agenten hat Herr Thowenel über die syrische Situa- tion noch nicht, wie gesagt worden, erlassen. Er hat nur an einzelne Konsuln der Levante Mittheilungen über die Art der von Frankreich zu machenden Vorschläge erlassen, und diese Vorschläge sind bekanntlich zum Theil von der Konferenz in Konstantinopel ange- nommen worden.

[Entwurf eines neuen Preßgesetzes.] Aus Paris vom 27. Mai schreibt man der „Rdn. Ztg.“: „Morgen wird dem gesetz- gebenden Körper der Entwurf vorgelegt werden, welcher das Preßgesetz modificirt. Die Modificationen sind folgende: 1) Abschaffung der Be- stimmung, die ein Journal nach zwei Verurtheilungen wegen Vergehen von selbst unterdrückt; diese Bestimmung bleibt nur bestehen für den Fall, daß sich ein Journal eines Verbrechens schuldig macht. 2) Ab- schaffung des Art. 32 des Preßgesetzes, welcher der Regierung das Recht giebt, jedes Journal nach einer einmaligen Verurtheilung zu suspendiren oder zu unterdrücken. 3) Abänderung des Verwarnungs- regimes; in Zukunft sollen nämlich die erteilten Verwarnungen nach zwei Jahren verjährt sein.“

Großbritannien.

London, 27. Mai. Das Blaubuch über Schleswig-Holstein wird, wie vorgestern von den „Times“ so heute von der „Post“ in dänis- chen Sinne ausgebeutet. Das letztgenannte Blatt schreibt darüber im wes- sentlichen Folgendes: Wäre es noch nöthig, einen Beweis für die Schwere- fälligkeit des deutschen Bundesstaates in Frankfurt zu liefern, so fände man ihn in diesem Blaubuche. Nachdem der Bund volle 13 Jahre und darüber über der schleswig-holsteinischen Angelegenheit gebrütet hat, steht sie heute

noch genau auf demselben Standpunkte wie vor 10 Jahren. Die 154 De- putirten, welche zwischen Februar 1860 und März 1861 ausgetauscht worden sind, haben die Sache nicht im geringsten gefördert. Eins nur ist klar ge- worden, nämlich, daß trotz der Vielrednerei preussischer Staatssekretäre und Bevollmächtigter der Bund nur leere Drohungen in Bereitschaft hat. Mit großem Pompe war Mitte März bereits eine Bundesexecution angekündigt worden; wir heben heute nahe am Ende des Mai's und noch ist kein Preuß, Hesse oder Oldenburg über die dänische Grenze marschirt. Wir verdanken dieses angenehme Resultat am allerwenigsten den Staatsmännern und Di- plomaten Preußens. Diese thaten im Gegentheil vor vier Monaten viel zu trügerisch für den Gesandtschaft Europa's, und die Folge davon war, daß die Sympathien Englands, Frankreichs, Rußlands, Schwedens und Hollands sich mehr den Dänen zuwandten. Auch das vorliegende Blaubuch kommt den Dänen bei weitem mehr als ihren teutonischen Brüdern zu gute. Sie sind praktisch, conciser, geschäftslustiger und machen nicht einen Berg aus jedem Maulwurfsbügel, wie die deutschen Schulmeister zu thun gewohnt sind. Als 27 deutschgefinnte Mitglieder der schleswigen Ständeversammlung sich wegen der dänischen Münzprägung, der dänischen Sprache u. dgl. beklagten, antwortete der König, es sei ihm ganz gleichgültig, welcher Sprache sich die Schleswiger bedienen, wofür sie nur lokale Unbehörden seien. Das war offenbar des Pöbels Kern, aber die Deutschen hören nicht auf über Bedrückung zu klagen, weil in den Kirchen abwechselnd an Sonntagen Dä- nisch gepredigt wird u. dgl. m. Das Auffallende dabei ist, daß in Schles- wig nur die Adligen, Geistlichen und Schulmeister klagen, nie aber die Bauern, Pächter und Landleute, die mit dem dänischen Regimente vollkom- men zufrieden sind. (Hier ist jeder Satz eine Unwahrheit). Zunächst han- delte es sich darum, ob Dänemark die Stipulationen von 1851 und 1852 im Betreff Schleswigs erfüllt hat oder nicht. Hr. Baget, unser Gesandter in Kopenhagen, der nichts weniger als parteiisch für Dänemark ist, sagt in einer an Lord John Russell gerichteten Depesche, seines Wissens sei dies nicht geschehen. Die einzige gegen Preußen und Oesterreich eingegangene Verbindlichkeit Dänemarks bestand darin, daß es Schleswig nicht einverleiben und auch nicht thun würde, was diese Einverleibung herbeiführen könnte. Die deutsche Partei klagt nun über den Erziehungs- und Sprachzwang, über die Revision der Wahllisten und das Verbot wissenschaftlicher Vereine. Da- gegen giebt Hr. Baget zu verstehen, daß mit der Begründung dieser Be- schwerden die Deutschen noch lange nicht zufrieden sein würden, daß sie es auf eine Vereinigung Schleswigs und Holsteins abgesehen haben, wodurch die gegenwärtige Organisation des dänischen Reiches zerstört würde. Daß Dänemark sich dagegen sträubt, wird ihm Niemand übel nehmen können. In der Sprach- und Erziehungs-Angelegenheit hat es Concessionen gemacht, die wissenschaftlichen Versammlungen aber hat es wohlweislich verboten, weil sie der politischen Agitation Vorstoß leisteten. Das vorliegende Blaubuch hinterläßt den Eindruck, daß Dänemark, dem Rathe Lord John Russells folgend, das System der Verschuldung bis zum äußersten verjährt hat. Wenn es gleichzeitig rüstete, um einem Angriff beizugehen zu können, so wird es dieser Vorsicht wegen gewiß von Niemand getadelt werden können.

Rußland.

b. Warschau, 28. Mai. [Personal-Veränderungen. — Demonstrationen.] Große Veränderungen in unseren höheren Regie- rungskreisen stehen uns bevor. Der Fürst-Statthalter ist seit vorge- serten gefährlich krank, und an sein Aufkommen ist kaum zu denken. Nach dem bisher üblichen Usus vertritt den Civildienst des Statthalters der Kriegsgouverneur Merchelewicz, in den Sitzungen des Admini- strationsrathes jedoch präsidiert, wie man sagt, Markgraf Wielopolski.

Karnicki scheint völlig in Ungnade zu sein, und ein geheimniß- volles Dunkel schwebt über seiner Reise nach Petersburg oder Witebsk. Der erste amtliche Bericht, als ob er gemeinsam mit Platonow nach Petersburg gereist sei, um die hier ausgearbeiteten Reformen dem Kai- ser vorzulegen, wurde andern Tages als irrig bezeichnet, da Karnicki vielmehr nach Witebsk auf seine Güter sich begeben habe. Auch seine Gemahlin ist ihm in den letzten Tagen dorthin gefolgt. Da Karnicki als Vertreter der engherzigen Reformverschmälerung bekannt ist, läßt seine Entfernung vom Dienste günstige Dinge hoffen.

Auch Platonow wird hier allgemein als seiner hiesigen Function entsezt bezeichnet. Unter den vielen darüber circulirenden Gerüchten hebt ich als das wahrscheinlichste hervor, daß Graf Wielopolski außer dem Gloriat des Administrationrathes sein eigenes Reformprojekt dem Kaiser übersandt habe und dieses den Vorzug erhalten haben soll. Auch die Krankheit des Fürsten wird damit in Zusammenhang ge- bracht, da schon vor derselben die Nachricht hier coursierte, es wäre telegraphisch ein Tadel des Kaisers gegen die hier vorgeschlagenen Re- formprojecte als zu schmal zugemessene eingegangen. Die Spannung ist unter so bewandten Verhältnissen begreiflicherweise sehr groß. In- zwischen dauern Demonstrationen versuche fort. Um die Cylin- derhüte in Mißcredit zu bringen und das Tragen schwarzer Mützen zu verallgemeinern, ließen vorgestern mehrere junge Leute ihre Hüte im sächsischen Garten von den Füßen der Spaziergänger zertreten, wäh- rend sie die mitgebrachten Mützen statt der verworfenen Kopfbedeckung aufsetzten. Auch Hunde zertren spielend an den zerdrückten pariser Fa- brifakten. Dem Versuche des wachhabenden Polizisten, einen der Demonstranten zu arretiren, setzten die anwesenden Damen ihre Leib- resp. Crinolinen entgegen, bis der unschuldige Verbrecher entwischt war. Auch die Szamarki (Schurkeseiten Röcke) zeigen sich wiederum in großer Anzahl.

Gestern Abend mischte sich unter die Andächtigen vor der Kirche auf der Legnostraße ein Polizist in Civil gekleidet, als eben das be- kannte patriotische Lied gesungen wurde. Der Vertreter der Polizei machte sich durch seine Zeichnungen, die er auf den Rücken der Sän- ger versuchte, gar zu bemerklich, so daß er unter Tumult und Hieben verjagt wurde. Sofort sah man in Sturmeile die Truppen nach dem Schauplatz rennen, voran der General im Galop, auch ein Poli- zeicommissair und der Böses verkündende Trommler wurde bemerkt. Doch lief Alles ruhig ab, als man dem General erklärte, daß der spähende Polizist die Ursache des Tumultes gewesen.

Auch in der Provinz wiederholen sich ähnliche Demonstrationen fast in allen größeren Städten, und es liegt etwas in der Luft, was wie- der einen Ausbruch des verhaltenen Grolls vermuthen läßt. Die Miß- und Uebergriffe der Militärgewalt trügen dann mehr als die Agitatoren die Schuld.

So eben ist an den Straßenecken ein Anschlag erschienen, durch welchen Gubernator Merchelewicz anzeigt, daß er, zur Vertretung des Fürsten-Statthalters in der Verwaltung des Civilamtes berufen, im Falle sich erneuernder Zusammenrottungen mit militärischer Ge- wissenhaftigkeit nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 8. April verfahren werde.

Warschau, 28. Mai. [Die Erkrankung Gortscha- koffs. — Suchozanett.] Die plötzliche Erkrankung des Fürsten Gortschakoff wird Ihnen wohl bereits bekannt sein. Sie erfolgte vor- rigen Sonnabend am Schlags, nachdem die Fürstin mit ihrer Tochter aus dem Auslande am 23. d. M. zurückkehrend, ihn noch wohl ange- troffen hatte. Gestern übernahm der Kriegsgouverneur, General- Adjutant Merchelewicz, stellvertretend die gesammte Civilverwaltung. Ein Telegramm von heut Morgen bestimmt den Kriegsminister, Ge- neral der Artillerie Suchozanett, zum Stellvertreter, und im Falle des Ablebens zum Nachfolger des Fürsten Gortschakoff.

General Suchozanett sollte noch heute von Petersburg nach War- schau abreisen. Er war hier mehrere Jahre Chef der Artillerie der activen 1. Armee. Er ist als ein liberaler, allen zeitgemäßen Re- formen geneigter Mann von vielseitiger Bildung bekannt, und ent- stammt nicht der alten russischen Aristokratie. Der Kaiser berief ihn nach dem Krimkriege zur Durchführung der beabsichtigten Armeereor- ganisation, welche von Herrn v. Stein, einem früheren preussischen Offizier, in seinem ehe längst erschienenen neuen Werke als eine durch-

greifende geschildert wird. Möchte sich dieselbe auch immer mehr in der Praxis bewähren.

Die Persönlichkeiten der obersten Verwaltungsbehörden sind, sobald obiger Wechsel eintritt, seit den Kundgebungen im Februar und Apr- bis auf einige Wenige gewechselt, und wäre es zu wünschen, daß i beabsichtigten Reformen zum Besten des Landes auch bald in's Leben träten. Man sieht deshalb der Bestätigung der neuen Organisations- Vorschläge, welche in Petersburg vorliegen, entgegen, und wenn solche kaum den Wünschen der Mehrheit entsprechen dürften, so wäre damit immer ein Anfang zum Besseren gemacht.

Militär bivouacirt noch auf mehreren öffentlichen Plätzen und ist in antiken Gebäuden conignirt; äußerlich herrscht zwar Ruhe, aber im Innern der Kirchen hört man noch immer die patriotischen Ge- sänge. Die Trauer wollen die Damen nach dem Tode des Fürsten- Statthalters ablegen und durch bunte Kleider und Bänder als Zeichen der Freude ersetzen, da sie ihm alles Unheil beimessen.

Aus dem Königreich Polen, 24. Mai. [Seminare. — Gym- nasialkrawall. — Die Bauernunruhen. — Schulstrafen. — Truppen.] Wie verlaute, geht die Regierung damit um, zunächst für die Heranbildung tüchtiger Volksschler zu sorgen und demnach Seminarien in verschiedenen kleineren Städten des Königreichs zu gründen, deren Stab- rungs- und Unterhaltungskosten die Krone tragen wird. In diesen Semi- narien sollen junge, zum Lebrsch fähige Leute in ausreichender Menge aus- gebildet werden, damit sie, wenn die Schulverbände gebildet und Schul- Etablissements auf dem Lande gegründet sind, sogleich Lehrstellen antreten können. Das wird freilich nicht so bald gethan sein! — In Lodz hatten die Schüler des Gymnasiums ein Monument, welches einem früheren vor- zigen Gymnasialisten, der im Krimkriege sich ausgezeichnet und in der Schlacht an der Alma gefallen war, errichtet worden, in einer Nacht gänzlich zerstört; in der darauf eingeleiteten Untersuchung leugneten die Thäter keineswegs, sondern brühten sich vielmehr mit der Aeußerung: ein Verräther verdient kein Monument, und da sie sich außerdem auch gegen die Schulbehörde ungebührlich gezeigt und Lehrer beleidigt, wurden die betreffenden Schüler entlassen und drei Klassen geschlossen. — Zuverlässige Privatbriefe aus Rus- land bringen nähere Details über die in den Gouvernements Penja, Kasan und Witebsk stattgehabten Bauernunruhen. In einem derselben heißt es u. A.: „Wenn die Freilassung der Bauern im Ganzen ohne Störung abge- gangen und der Enthusiasmus für den Kaiser, der mit einem entschlossenen Worte 23 Millionen Menschen auf die Stufe stellte, auf der sie nunmehr auch moralisch der Menschheit anzugehören beginnen, so groß ist, daß man ihm bereits zu Ehren über hundert Kapellen im Reiche votirt und zu er- bauen begonnen hat: so ist es doch den Machinationen einer gewissen Par- tei von außen her gelungen, durch ihre zahlreichen Agenten hier und da die Bauern aufzuregen und zu Ungehörigkeiten zu bewegen. Besonders war dies der Fall in den Gouvernements Penja, Kasan und Witebsk. Während es im letzteren der Umsicht und den zweckmäßigen Anordnungen des Gou- vurneurs, General Fürst Barclay de Tolly, gelungen war, die Ruhe ohne Blutvergießen wiederherzustellen, ging es in den anderen beiden Gou- vurnements nicht so glimpflich ab, und besonders im Penja'schen waren die Leute so schwierig, daß sie den Adelsmarschall gefangen nahmen und bei dem Zusammenstoß mit dem einsiedrenden Militär eine Anzahl Tödtet und Verwundeter von beiden Seiten zu beklagen sind. Da der Kaiser den in die Gouvernements delegirten Generalen die Handhabung der strengsten Maß- regeln bei vorkommenden Unordnungen befohlen hat, so steht zu erwarten, daß weitere und tiefer eingreifende Störungen nicht vorkommen werden. — In einer Gemeinde des witebscher Gouvernements tödteten die Bauern einen Menschen, der sich mehrere Wochen in der Gegend damit abgab, die Leute unter Vorpiegelung von allerlei Vortheilen und dem festen Versichern, daß das Militär bei einer allgemeinen Erhebung mit ihnen gemeinschaftliche Sache machen werde, zum Aufstande zu verleiten. Als die Behörden sahen, daß das Militär schoß und sie hintergangen, übten sie an ihrem Ver- führer kurze Justiz und tödteten ihn. An Papieren oder Documenten hatte der Getödtete nicht ein Blatt bei sich, und das bei ihm gefundene Geld, etwa 200 Rubel, in russischen, preussischen, österreichischen und französischen Noten, sowie ein goldenes Schaufstüd mit französischer Inschrift wurde der Behörde über- liefert. Die Meinung, welche in mehreren Blättern in Bezug auf die statt- gegebnen Unruhen herrscht, daß kirchliche Interessen die Veranlassung gegeben, ist in sofern unrichtig, als man die Leute theilweise überredet hatte, die Re- gierung werde sie zur Annahme einer neuen Religion zwingen.“ — Auch im hier adiger Kreise haben die Bauernunruhen einen sehr ernsten Character angenommen, und die Regierung dürfte sich bald in der Lage sehen, zu strengeren Maßnahmen zu schreiben. Mehrere Herren, denen ihr Bewissen vielleicht nicht gerade das beste Zeugniß geben mag, haben für gut befunden, einstweilen auf Reisen zu gehen. Wie tief die Aufregung bereits Wur- zel gefaßt und wie wenig man Ursache hat, die Sachen leicht anzusehen, zeigen mancherlei Andeutungen. So ist z. B. factisch, daß zwei benachbarte Gemeinden im hier adiger Kreise, deren in der That gute Herren die Liebe ihrer Leute besitzen, dahin übereingekommen, daß keine der betreffenden Ge- meinden ihrem eigenen Herrn, sondern dem der anderen Gemeinde zu Leibe gehen wolle, wenn es dahin kommen sollte, daß man überhaupt den Herren anderswo zu Leibe gehe. — Die Damen im Fräuleinstift zu Pulawy, die bekanntlich vor Kurzem eine ihrer Directricen thätlich insultirt und die rus- sischen Bücher und Hefte zum Theil verbrannt haben, sind auf fühlbare Weise zur Vernunft gebracht und verurtheilt worden, die zerstörten Hefte und Bücher in einer gegebenen Frist alle nach den geliebten Exemplaren eigenhändig abzuschreiben. In dem kalischer Pensionat, wo ebenfalls Auf- lehnungen und thätliche Beleidigung einer Gouvernante vorgekommen, hat man die Adelsführerinnen mit einem Dentsettel versehen und entfernt. — Wie man hört, sollen die im Lande zerstreuten Truppen gesammelt und um Warschau concentrirt, in ihre Stelle aber andere, aus dem Innern Rußlands heranrückende Mannschaften als Executionstruppen verwendet werden. Die jetzt hier verwendeten Truppen bestehen zum Theil aus Ein- gebornen; die heranrückenden dagegen sind meist aus asiatischen Völkern formirt und ein Fraternisiren mit der Bevölkerung steht nicht in Aussicht. (Pos. 3.)

Sien.

Shanghai, 7. April. Admiral Hope hat die Expedition nach Han- tow beendet und kehrt Anfang dieser Woche hierher zurück. In Nanjing wurde ein Vertrag mit den Rebellen geschlossen, kraft dessen englischen Schif- fen, welche mit einem von der hiesigen chinesischen Behörde ausgestellten Flußpasse versehen, keine Hindernisse in den Weg ge- legt werden dürfen; dieselben können frei und unbehindert die verschiedenen Stationen besuchen, um Handel zu treiben. Der große Strom Yangtse- kiang ist somit dem öffentlichen Handel übergeben, und dem fremden Ver- kehr sind dadurch neue Bahnen geöffnet. Berichte bezeichnen Kiu-kiang und Hankow als für den zukünftigen Handel wichtig. Ersterer Fluß, am Boyang- See gelegen, steht durch zahlreiche Ströme und kleine Flüsse mit den Schwar- zen-See-Distrikten in naher Verbindung, wird sich aber wohl mit der Zeit zu einem bedeutenden Entrepot ausbilden. Wie in der hiesigen Umgegend, so auch an den Ufern des Yangtse-kiang treiben die Rebellen ihr Unwesen und kennzeichnen ihre Wege mit Zerstörung und Plünderung. Hankow wurde kurz vor der Abfahrt des Schwimaders von den Rebellen bedroht, dieselben haben sich aber seitdem wieder zurückgezogen, doch steht zu erwar- ten, daß sie ihre Angriffe erneuern. Eine ernstliche Ausdehnung des Han- dels und Verbreitung des Verkehrs wird nur dann erst erwartet, wenn die Ufer des Flußes von den Injurgenten gesäubert sind. Durch immer wie- derkehrende Raubzüge werden die Anwohner in fortwährender Aufregung und Angst erhalten. Die Schifffahrt auf dem Fluße soll nur von hier bis Nanjing etwas schwierig und für diese Strecke die Dienste von Flußbooten erforderlich sein, oberhalb Nanjing giebt die Flußkarte genügende Auskunft über Fahrwasser.

Provinzial-Beitrag.

Bezugnehmend auf die Mittheilung in der gestrigen „Breslauer Zeitung“, daß der Herzog von Coburg-Gotha die Oberleitung über das, in den Tagen vom 8.—11. Juli in Gotha zu feiernde Schützenfest übernommen habe, sind wir heut in Stand gesetzt, dies- selbe dahin zu ergänzen, daß wir das betreffende herzogliche Kabine- tetschreiben wörtlich mittheilen. Dasselbe lautet:

„Der Ausschuss für das deutsche Schützen- und thüringer Turnersfest hat Mir die schmeichelhafte Bitte ausgesprochen, sein Ehrenpräsidium übernehmen zu wollen. Mit um so größerer Bereitwilligkeit komme Ich diesem Wunsche entgegen, als der leitende Be- (Fortsetzung in der Beilage.)

(Fortsetzung.)

danke zu dem endlich ausführbar gewordenen Feste vor Jahren von Mir selbst ausging und ich mit allen guten Patrioten...

Koburg, am 24. Mai 1861.

Zu dem noch, daß gleichzeitig zu Gotha ein allgemeiner deutscher Schützenfest stattfinden soll. Schon vor einigen Monaten...

„zur Besprechung eines periodischen deutschen Schützenfestes nach Art des eidgenössischen Schießens, der Herstellung eines gemeinsamen Kalibers der Schießwaffe“

auf den 11. Juli d. J. nach Gotha, zusammenfallend mit dem dortigen Schützenfeste, anberaumt hat.

Bei dem letzten Concert der constitutionellen Bürger-Resourc (in Viebichs Lokal), Mittwoch den 29. d. M., war nachfolgendes Schreiben Sr. königl. Hoheit des Kronprinzen Friedrich Wilhelm an den Vorstand jener Resourc zur Kenntnissnahme der Mitglieder ausgelegt:

Ich habe aus einem Berichte des Curatoriums des National-Danks für Veteranen ersehen, daß die constitutionelle Bürger-Resourc nicht allein seit Jahren durch rege Theilnahme für hilfsbedürftige Veteranen ihr patriotisches Streben befundet, sondern auch neuerdings dem Stadbezirks-Commissariate der Stiftung in Breslau die Summe von 100 Thlr. zur Vertheilung an nothleidende Veteranen überwiesen hat.

Im Namen Sr. Majestät des Königs: Friedrich Wilhelm, Kronprinz.

An den Vorstand der constitutionellen Bürger-Resourc in Breslau.

Herr Kapellmeister Braun hier selbst hat einen Huldigungs-Festmarsch komponirt und denselben Sr. Majestät dem König Wilhelm I. gewidmet. Se. Majestät hat unter dem 26. d. M. die Dedication anzunehmen geruht.

Das Frohnleichnamfest ward heute auf dem Dome in herkömmlich solenner Weise begangen. Nach einem in der von Gläubigen dicht gefüllten Kathedrale celebrirten Hochamte bewegte sich die Versammlung in feierlicher Procession über den mit Altären und kirchlichen Emblemen reich geschmückten Domplatz.

Gestern beging ein geachtetes Ehepaar, der Kaufmann, Stadtvorstand und Mitglied des israelitischen Präsesidenten-Kollegiums, Herr S. Joachimsohn, mit seiner Gemahlin Frau Rosalie, geb. Conzädter, das silberne Hochzeits-Jubiläum.

Herr Strumpfwirkermeister G. Bär feierte am 27ten d. Mts. sein 60jähriges Bürgerjubiläum. Herr Mittelschaffner Stadtrath Jüttner und Herr Mittelschaffner Fromberger beglückwünschten den Jubilar, der sich, trotz seiner 90 Jahre, noch einer trefflichen Gesundheit erfreut.

Herr Strumpfwirkermeister G. Bär feierte am 27ten d. Mts. sein 60jähriges Bürgerjubiläum. Herr Mittelschaffner Stadtrath Jüttner und Herr Mittelschaffner Fromberger beglückwünschten den Jubilar, der sich, trotz seiner 90 Jahre, noch einer trefflichen Gesundheit erfreut.

Lotterie zum Besten der kath. Lehrer-Wittwen-Kasse. Die wahrhaft traurige Lage dieser Wittwenkasse hat seit 3 Jahren mancherlei Versuche ins Leben gerufen, die den drückenden Mangel wenigstens einigermaßen mildern helfen sollen.

Der nach Schließen gefallene Hauptgewinn der Schiller-Lotterie, ein prächtiger Concertflügel von Streicher in Wien, ist gestern durch Vermittelung des hies. Badträger-Instituts hierher gelangt und steht im v. Schilderschen Hause, Altbäckerstraße 2, zur Ansicht aus.

Der nach Schließen gefallene Hauptgewinn der Schiller-Lotterie, ein prächtiger Concertflügel von Streicher in Wien, ist gestern durch Vermittelung des hies. Badträger-Instituts hierher gelangt und steht im v. Schilderschen Hause, Altbäckerstraße 2, zur Ansicht aus.

Der Verschleiß frommer Traktäthen wird doch manchmal auf eine wunderbare Weise betrieben. So trafen sich dieser Tage ein Herr und eine Dame auf dem Wege aus der Kirche.

Es ist wunderbar, welche oft schreienden Gegensätze unsere Zeit des Fortschrittes hervorruft. Früher, und auch jetzt noch in den meisten Fällen, fand und findet man es in der Ordnung, daß der Kutscher die Herrschaft fährt, es ist jetzt aber auch nichts ungewöhnliches, daß der Gentleman seinen Kutscher oder Bedienten fährt.

Die in Nr. 205 der Bresl. Ztg. erwähnte uralte, mächtige Ulme im sogenannten „Seidelgärtchen“ hat gestern ihr erstes diesjähriges Maifest, manche sagen auch ihr Jubiläum, gefeiert.

Es sind in neuerer Zeit diverse Viehdiebstähle vorgekommen und die Diebe etablirten auf den benachbarten Feldern Schloßhöfen, um das Gefohlene leichter fortzubringen und möglichst einer Entdeckung des Diebstahls vorzubeugen.

Einem bei dem Wollenbruche in Schloeden hart betroffenen Klemptnermeister, der nicht nur sein ganzes Vermögen, sondern auch einen ihm hilfreich zur Seite gestandenen Bruder in der verberbernden Wasserfluth verlor, hat die hiesige Klemptner-Zunft auf Ansuchen eines Berufsgenossen in Naumburg eine Geldunterstützung mit einem tröstlichen Schreiben zugehen lassen.

In Görlitz haben bereits 80 Mitglieder des Turnvereins mit den Schießübungen begonnen. Die dortige Schützengilde soll aber die fernere Benutzung der Schießstände untersagt haben.

Die italienische Operngesellschaft des Herrn Merelli wird in Görlitz eine Vorstellung geben; es ist aber noch zweifelhaft, ob dieselbe in einer wirklichen Oper-Aufführung oder nur in einem Concerte bestehen wird.

Glogau, 30. Mai. In der letzten Versammlung der Actionäre der Zweigbahn fanden die Neuwahlen für die auscheidenden Mitglieder des Directorii und des Verwaltungsrathes statt.

Striegau, 28. Mai. Der hiesige Gustav-Adolf-Verein feierte am heutigen Tage in unserer evangelischen Pfarrkirche sein Jahresfest. Nach dem Gesange des Liebes: „Herr Jesu Christ, dich zu uns wend“ wurde die Liturgie vom Pastor prim. Wäd. hier selbst gehalten.

Striegau, 29. Mai. Vergangenen Sonntag fand die Einführung der beiden Schützen- und Jägerkönige, Hrn. Schuhmachermstr. Förster und Nagelschmiedmstr. Dannborn, statt; beide Corps hatten sich während des Schießens in größter Eintracht und Liebe auf dem Schießplatze bewegt.

Sadowitz, Kreis Breslau, 29. Mai. [Brandunglück.] Gestern Früh gegen 2 Uhr entstand im Stallungsgebäude des hiesigen Dominikus Feuer; die Flammen ergriffen hierauf das herrschaftliche Schloß, welches dann ebenfalls ein Raub dieses Elements wurde.

W. Laschowitz bei Ohlau. Der hier und in weiteren Kreisen wohl bekannte sehr geachtete Lehrer und Organist Esche, feiert nächsten Monats den 3. Juni sein 50jähriges Amts-Jubiläum.

Natibor, 29. Mai. [Tagesbericht.] Gestern hatten wir bei Genuß der Breslauer Opernsänger Hs. Kieger und Prawit, sowie J. Santer und Hrn. Schnabel in einem sehr zahlreich besuchten und über aus beifällig aufgenommenen Concerte zu hören.

Notizen aus der Provinz. * Görlitz. Wie die hiesigen Blätter melden, sind die Schießübungen der Mitglieder des Turnvereins seitens der Schützengilde inhibirt worden.

Reinerz. Unter den Schützen bei dem diesjährigen Königsschießen befanden sich 2 Jubilar, nämlich der Hr. Tischlermeister Markus und Hr. Tuchmachermeister Burghard.

Nachrichten aus dem Großherzogthum Posen. Z. Posen, 27. Mai. [Verschiedenes.] Es überwiegt auch in hiesiger Stadt und Provinz das deutsche Element ist, so hat der Indifferentismus es verhindert, daß hier ein National-Verein gebildet worden.

Gesehgebung, Verwaltung und Rechtspflege. Subhastationen im Monat Juni. Regierungsbekanntmachung Liegnitz. Ober-Heidersdorf, Bauergut Nr. 35, abg. 6418 Thlr., 7. Juni, 10 U., Kr.-Ger. Lauban.

Deutsches Wartenberg, Gasthof-Stablmoment Nr. 70, abg. 6450 Thlr., 3. Juni, 11 U., Kr.-Ger. 1. Abth. Grünberg. Reuhammer, Borwerk 20, abg. 7138 Thlr., 1. Juni, 11 U., Kr.-Ger. 1. Abth. Rothenburg.

Sprottau, Wohnhaus Nr. 189 auf dem Dome, abg. 1308 Thlr., 1. Juni, 11 1/2 U., Kr.-Ger. 1. Abth. Sprottau. Neundorf, Gärtnernahrung Nr. 11, abg. 3600 Thlr., 6. Juni, 11 U., Kr.-Ger. 1. Abth. Bunzlau. Freistadt, Wohnhaus Nr. 191, abg. 1499 Thlr., 22. Juni, 11 1/2 U., Kr.-Ger. Freistadt. Schleife, Halbbauernahrung Nr. 74, abg. 2100 Thlr., 15. Juni, 11 1/2 U., Kr.-Ger. Comm. Muskau. Sagan, im Parien belegenes Haus Nr. 415, abg. 1600 Thlr., 18. Juni, 11 U., Kr.-Ger. Sagan. Michelsdorf, Bauer-Nahrung Nr. 47, abg. 2529 Thlr., 8. Juni, 11 U., Kr.-Ger. 1. Abth. Sprottau. Siegersdorf, Aderstück Nr. 8, 23 1/2 Morg., abg. 1610 Thlr., 20. Juni, 11 U., Kr.-Ger. 1. Abth. Bunzlau. Wenigtreben, Schmiednahrung Nr. 6, abg. 1000 Thlr., 19. Juni, 11 U., Kr.-Ger. 1. Abth. Bunzlau. Warmbrunn, Auenhaus Nr. 49, abg. 3595 Thlr., 20. Juni, 11 U., Kr.-Ger. Girschberg. Seedorf, Grundstück Nr. 7, abg. 1100 Thlr., 22. Juni, 12 U., Kr.-Ger. 1. Abth. Liegnitz. Sagan, Haus in der Freistädter-Strasse Nr. 561, abg. 1500 Thlr., 26. Juni, 11 U., Kr.-Ger. Sagan. Sprottau, Wohnhaus Nr. 13 der Herrenstrasse, abg. 3515 Thlr., 22. Juni, 11 1/2 U., Kr.-Ger. 1. Abtheilung Sprottau. Beuthen a. D., Wohnhaus 280, abg. 1174 Thlr., 27. Juni, 11 U., Kr.-Ger. Comm. Beuthen a. D. Rohrau, Mittelmühle 46, abg. 4615 Thlr., Garten 42, abg. 93 Thlr., 28. Juni, 11 U., Kr.-Ger. 1. Abth. Landesbut. Schmiedeberg, Grundstück Nr. 1 (Jagen. Postfriescham), abg. 1570 Thlr., 25. Juni, 11 U., Kr.-Ger. Comm. Schmiedeberg. Neu-Gersdorf, Aderstück Nr. 8, 23 1/2 Morg., abg. 1610 Thlr., 20. Juni, 11 U., Kr.-Ger. 1. Abth. Bunzlau. Ober-Baumgarten, Forstland 134, abg. 715 Thlr., 17. Juni, 11 1/2 U., Kr.-Ger. Dep. Wolfenbain. Gröblich, Restant 40 und Landung 39, abg. 1412 Thlr., 3. Juni, Nachm. 2 U., Kr.-Ger. 2. Abth. Goldberg. Halbau, Haus nebst Ader Nr. 6, abg. 987 Thlr., 6. Juni, 11 Uhr, Kr.-Ger. Comm. Halbau. Alt-Weisbach, Kleingarten Nr. 2 nebst Schanz, Schlacht- und Bad-Gerechtheit, abg. 900 Thlr., 21. Juni, 11 U., Kr.-Ger. 1. Abtheilung Landesbut. Wittgendorf, Kleingarten 57, abg. 870 Thlr., 14. Juni, 11 U., Kr.-Ger. 1. Abth. Landesbut. Schönborn, Grundstück 32a, abg. 650 Thlr., 6. Juni, 11 1/2 U., Kr.-Ger. 1. Abth. Liegnitz. Zölling, Bauergut Nr. 13, abg. 6110 Thlr., 17. Juni, 11 U., Kr.-Ger. 2. Abth. Freistadt. Lomniz, Bauergut Nr. 21, abg. 4550 Thlr., 13. Juni, 11 1/2 U., Kr.-Ger. 2. Abth. Götlich. Alt-Warthau, Bauergut 32, abg. 19,107 Thlr. (464 Schffl. Ausfaat), 21. Juni, 10 U., Kr.-Ger. 2. Abth. Bunzlau.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

S. [Die Lebensversicherungs-Actien-Gesellschaft „Germania“ zu Stettin] veröffentlicht ihren dritten Rechenschafts-Bericht pro 1860. Das erzielte Resultat ist durchweg ein sehr günstiges. Es ergibt sich eine Gesamtsumme von 9912 Versicherungen mit 9946 Personen auf 4,936,008 Thlr. und zwar 3356 Versicherungen von 3438 Personen auf 4,500,993 Thlr. Lebensversicherungen bis zur Normalgrenze von 90 Jahren, Begräbnisversicherungen 6310 mit 6262 Personen auf 336,064 Thlr. Versicherungen auf den Lebensfall und mit bestimmter Verfallszeit 246 mit 98,951 Thlr., Außerdem 32 Personen Rentenversicherungen mit 2925 Thlr. jährlicher Rente, 3734 Einschreibungen auf 6867 Antheile bei der Kinderverorgungs-Kasse. Obgleich im Jahre 1860 für 35 Serbefälle in der Versicherungs-Branche 61,750 Thlr. zur Liquidation kamen, so blieb doch der Betrag von 4709 Thlr.

Die heute früh 5 1/2 Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau Friederike, geb. Bloch, von einem gesunden Mädchen zeige ich hierdurch Verwandten und Freunden statt jeder besonderen Meldung ergebenst an. Breslau, den 30. Mai 1861. [4896] Moritz Heilborn.

Gestern Abend 9 1/2 Uhr verschied an Schlagfluss unser innig geliebter Gatte, Bruder und Schwager, der kgl. Gymnasiallehrer Dr. August Baucke. [4280] Breslau, den 30. Mai 1861. Die Hinterbliebenen.

Wir haben die traurige Pflicht zu erfüllen, den gestern Abend nach 9 Uhr plötzlich erfolgten Tod unseres Collegen, des Gymnasiallehrers Herrn Dr. August Baucke anzukündigen. Rücksehend von einer Ausfahrt, die er als Beneficent zur Stärkung seiner wiederkehrenden Gesundheit unternommen, ward er an der Schwelle seiner Wohnung von einem augenblicklich tödtenden Schlagflusse getroffen. Wir verlieren an ihm einen treuherzigen, das Wohl der Jugend nach Kräften fördernden Mitarbeiter und treuen Amtsgenossen, dem, nach seinen Jahren, noch eine lange Zeit der Wirksamkeit hätte beschieden sein können. Das Andenken des früh Geschiedenen wird unter uns nicht erlöschen. Breslau, den 30. Mai 1861. [4276] Der Director und das Lehrer-Collegium des königl. katholischen Gymnasiums.

Mit tiefer Betrübnis erfüllen wir die traurige Pflicht, entferntem Verwandten und Freunden statt besonderer Meldung das plötzliche Dahinscheiden unseres lieben Mannes und Vaters, des Posamentirer Karl Arndt, im 51. Jahre seines Lebens, anzukündigen. Kreuzburg, am 28. Mai 1861. [4888] Die hinterbliebene Wittwe B. Arndt, geb. Gitschmann, nebst Kinder.

[4267] Todes-Anzeige. Heute Morgen 4 Uhr endete sanft nach kurzen schweren Leiden unsere liebe Gattin Elisabeth, unser ältestes Zwillingen-Töchterchen, in dem Alter von 9 Monaten. Dies zeigen wir tiefbetrübt statt jeder besonderen Anzeige, um stille Theilnahme bittend, allen lieben Verwandten und Freunden ergebenst an. Juliusburg, den 29. Mai 1861. Louis Knobloch, herzog. Ober-Amtmann. Maria Knobloch, geb. v. Niwojky.

Familiennachrichten. Verlobungen: Frä. Helene v. Gustedt mit Hr. Ger. Professor Frhr. v. Strombeck in Halberstadt, Frä. Alma Lynder in Vermont mit Hr. Lieut. Koffmahn in Mainz. Ehel. Verbindung: Hr. Hauptm. Siegf. Höcker mit Frä. Agnes Margaretha Kreier in Köln. Geburten: Ein Sohn Hr. Franz Wilhelm in Berlin, Hr. Ab. Rehfeld in Or.-Leine bei Lübben, Hr. Georg v. Hofenberg-Wipinshy in Belmsdorf, eine Tochter Fr. v. Wendheim in Berlin, Hr. W. Bernbard das. Todesfälle: Frau Friederike Linke geb. Bachhaus in Berlin, Frau Constance Bland das., Frau Geh. Rath Susanne Schindler geb.

hinter der rechnungsmäßigen Erwartung zurück. Die effective Jahres-Einnahme war gegen das Vorjahr nur 36,869 Thlr. 12 Sgr. höher. Die Prämien-Einnahme von 1860 ist gegen 1859 um die bedeutende Summe von 33,109 Thlr. 12 Sgr. 3 Pf. und die Zinsen-Einnahme um 3359 Thlr. 9 Sgr. 1 Pf. gestiegen. Nach Deduktion aller Unkosten blieb bei der Einnahme ein reiner Ueberschuss von 30,634 Thlr. 22 1/2 Sgr. — In Anbetracht des Umstandes, daß die Gesellschaft erst 3 Jahre besteht, sind die mitgetheilten Resultate gewiß als sehr günstige anzusehen und somit derselben ein günstiges Prognosticon für die Zukunft zu stellen.

Δ [Handelskammer für die Kreise Reichenbach, Schweidnitz und Waldenburg.] In der Plenar-Sitzung vom 13. d. Mts. kamen außer mehreren Vorlagen von minder allgemeinem Interesse folgende Gegenstände zur Verhandlung:

Die neu gewählten und durch Ober-Präsident-Erlaß vom 25. März d. J. bestätigten Handelskammer-Mitglieder und Stellvertreter wurden in ihr Amt eingeführt. Das Resultat der hierauf veranlaßten Wahl eines Präsidenten und dessen Stellvertreter war die Wiederwahl der Herren Fabrilbesitzer, Commerzienrath Alberti aus Waldenburg, zum Präsidenten. Da dieser Herr die Wahl entschieden ablehnte, wurde der bisherige Stellvertreter, Herr Gutz- und Fabrilbesitzer Kopisch aus Wajenrodau, zum Präsidenten, Herr Commerzienrath Geisler aus Peterswaldau zum Stellvertreter erwählt. Nächstdem erfolgte die Einweisung der Herren Mitglieder und Stellvertreter in die Fach-Commissionen. Die von Sr. Majestät dem Könige allerhöchste ertheilte Bestätigung des von der Handelskammer entworfenen Statuts über die Errichtung eines Hospitals für unverheiratete verarmte Weber und Spinner wurde verlesen und beschlossen, das bestätigte Statut mit Angabe der jedesmaligen Bestandshöhe des Hospital-Stiftungs-Capitals in den Jahresberichten stets aufzunehmen. Der Herr Ober-Präsident hat ein Gutachten erlassen, welches von den über Errichtung von Eisenbahnen eingereichten Projecten vorzugsweise dringlich sei.

Die Handelskammer hat sich wiederholt für das Project einer Bahn im Anschluß bei Liebau entschieden, dessen Zweckmäßigkeit schon früher speziell dargelegt worden ist. Auf Antrag des Herrn Apothekers Sommerbrodt aus Schweidnitz wurde beschlossen, die Handelskammer-Rechnung alljährlich zu veröffentlichen.

† Breslau, 30. Mai. [Börse.] Bei fester Stimmung waren die Course höher. National-Anleihe 57 1/2 — 58 bezahlt, Credit 64 1/2 — 64 1/2 bez., wüener Währung 72 1/2 — 72 1/2. Eisenbahn-Aktien und Fonds ohne Veränderung. Schlesiße Bantantbeile abermals höher und 82 1/2 bezahlt.

Breslau, 30. Mai. [Amtlicher Producten-Börsenbericht.] Roggen (pr. 2000 Pfund) schwach behauptet; pr. Mai 49 Thlr. bezahlt, Mai-Juni 48 — 48 1/2 Thlr. bezahlt, Juni-Juli 48 Thlr. bezahlt und Gld., Juli-August 48 Thlr. Br. und Gld., August-September 47 1/2 Thlr. Gld., September-October 47 1/2 Thlr. bezahlt und Gld.

Rübbel unverändert; loco 11 1/2 Thlr. Br., pr. Mai 11 1/2 Thlr. Br., Mai-Juni 11 1/2 Thlr. bezahlt und Br., Juni-Juli 11 1/2 Thlr. Br., Juli-August 11 1/2 Thlr. Br., September-October 11 1/2 Thlr. bezahlt und Br.

Kartoffel-Spiritus unverändert; loco 18 1/2 Thlr. bezahlt, pr. Mai, Mai-Juni und Juni-Juli 18 1/2 Thlr. bezahlt und Gld., Juli-August 18 1/2 Thlr. Gld., August-September 19 — 19 1/2 Thlr. bezahlt.

Zint 4 Thlr. 28 Sgr. bezahlt. Die Börsen-Commission.

Breslau, 30. Mai. Wasserstand. Oberpegel: 14 F. 10 Z. Unterpegel: 3 F. — 3.

Hiermit erlauben wir uns wiederholt darauf aufmerksam zu machen, daß die aus unserer Fabrik hervorgegangenen Stahlfedern mit unserer vollen Firma: Heintze & Blanckertz gefempelt sind, und daß es außer unserer Fabrik, keine Fabrik von Stahl- oder Metallschreibfedern mehr in Deutschland giebt. [3095] Heintze & Blanckertz in Berlin.

Der Schwurgerichtshof zu Breslau wird seine vierte Sitzung im Jahre 1861 in der Zeit vom 3ten bis etwa zum 15. Juni im Schwurgerichtssaale des Stadtgerichtsgebäudes hier abhalten. Ausgeschlossen von dem Zutritte zu den öffentlichen Verhandlungen sind unbetheiligte Personen, welche unerwachsen sind, oder welche sich nicht im Vollgenusse der bürgerlichen Ehre befinden. Breslau, den 29. Mai 1861.

[Zur Thierschuss-Sache.] Es ist uns nicht bekannt, ob den nachbe- regten Uebelthätern schon jemals eine öffentliche Besprechung zu Theil geworden, eine solche erscheint aber um so mehr notwendig, als dieselben theilweise sogar zur Gewohnheit geworden. Bekanntlich ist das weibliche Gemüth von der Natur mit dem zartesten Gefühl begabt, zur Ehre der Wahrheit dieser allgemeinen Behauptung müssen wir daher im Vornhinein den Theil der Frauenwelt hiervon ausschließen, gegen welchen zunächst unsere Anschuldigungen gerichtet sind, — es sind diejenigen Hausfrauen, welche einen Fißch am lebendigen Leibe schuppen, und ihn dann noch langsam zu Tode martern. Man hat unter Männern Rath gepflogen über die kürzeste Art der Tödtung des Rind- und andern Viehes, wie viel näher noch liegt wohl eine Abhilfe dieses, wahrhaft haarsträuben den Schicksalsverfahrens. — Frage man nach dem Grunde dieser Methode? — „weil das Fleisch schmackhafter wird!“ Also eines minuten- langen verbesserten Gaumenthums wegen zieht man es vor, die Fische nicht vorher durch einen Schlag auf den Kopf zu tödten, sondern sich lieber der gräßlichsten Barbarei schuldig zu machen. Leider bilden die Befolgerinnen der letztern humanen Schlachtweise nicht einmal den größten Theil unter den Hausfrauen, wie Ref. aus Ueberzeugung annehmen kann! Einer weitem Barbarei machen sich einzelne Fische schuldig, wenn sie, wie Ref. aus Thatfachen weiß, z. B. große Störe 8—14 Tage lang mit Stricken im Wasser am Schweif angebunden lassen. Beim späteren Herausnehmen zerfallen nicht selten die Thiere in zwei Hälften, in Folge heftigen Schlagens mit den Schweiften langsam durchschneiden. (Obst das nicht noch über das Binden der Kälber mit Stricken?) Will man die Fischerei als Gewerbe, durch welches man seine Existenz als Mensch behauptet, betreiben, so sorge man für Behälter, in welchen solche Thiere frei aufbewahrt werden können, und belege nicht seinen Werth als Mensch durch solche Maßnahmen! [4268] S. S.....m.

An die geehrten Bewohner von Breslau. Der in Nr. 243 der Breslauer Zeitung von Hr. Dr. Böhm empfohlenene einstündige Vortrag des Hrn. Dr. Groß-Hoffinger über die Toleranz-Juden-Friedrich's II. und Joseph's II. wird den 1. Juni Abends 7 Uhr im Musiksaale der Universität gehalten werden. Der Geldebetrag des Vortrags soll theilweise der Friedrich-Wilhelm-Victoria-Landes-Stiftung zu Gute kommen. Dieser Zweck läßt den Vorstand der Stiftung hoffen, daß die patriotischen Bewohner von Breslau dem Vortrage in liberaler Weise ihre Aufmerksamkeit schenken werden. Eintrittskarten a 15 Sgr. liegen in sämtlichen Buchhandlungen, wie auch in der Handlung des Hrn. Eduard Groß, am Neumarkt 42, und bei Hrn. Kaufmann Seliger, verm. Industrie-Ausstellung, Ring Nr. 15, bereit. An der Kasse werden keine Billets ausgegeben, da deren Zahl beschränkt ist. [4255] Der Vorstand der Friedrich-Wilhelm-Victoria-Landes-Stiftung für die Provinz Schlesien.

Nouveau's in Glimpen, Besätzen, Rosetten und Knöpfen, Estremadura, englische und deutsche Strickgarne. Betse Crinolin-Stahlreifen empfiehlt billigst die [4281] Posamentir-Waaren-Handlung Carl Reimelt, Ohlauer-Strasse 1, Kornecke.

Einem hochgeehrten Publikum zeige ich hiermit ergebenst an, daß ich mein anerkannt größtes, echt türkisches Meerschaum-Waaren-Lager in Pfeifen und Spigen mit Muster-Arbeiten, in verschiedener Façon, vermehrt, zur hochgeneigten Beachtung, unter Garantie der Echtheit, zu festen aber soliden Preisen empfehle. — Zugleich erlaube ich mir auf meinen spanischen und türkischen Sud aufmerksam zu machen, wodurch jede Meerschaum-Waare und schon gerauchte Gegenstände dauernd verschönert werden. — In dem Besitze dieses Mittels bin ich allein. [4904] J. Escher, Neuschestrasse 6.

Extrazüge nach Dswitz und Obernigt. Am 2. Juni d. J. und an den folgenden Sonntagen werden bis auf Weiteres wieder von hier nach Dswitz (Oberbrücke) und Obernigt Extrazüge zu ermäßigten Preisen abgelassen; Abfahrt von Breslau: 2 Uhr Nachmittags, Rückfahrt von Obernigt: 7 Uhr 15 Min. Abends, von Oberbrücke: 8 Uhr 15 Min. Abends. Fahrgehd für Hin- und Rücktour: Breslau — Oberbrücke: III. Klasse: 3 Sgr., II. Klasse: 5 Sgr. Breslau — Obernigt: III. Klasse: 9 Sgr., II. Klasse: 14 Sgr. Breslau, den 29. Mai 1861. [4298] Königliche Direktion der Oberschlesischen Eisenbahn.

Neue städtische Ressource. Sonntag den 2. Juni d. J.: 2tes Früh-Konzert im Schießwerder. Der Vorstand.

Bank f. Landwirthschaft, Handel und Gewerbe in Berlin. Genannte Gesellschaft bezweckt, nicht allein durch Gewährung von Credit, sondern auch durch die bestmögliche Verwerthung und Beschaffung aller landwirthschaftlichen Produkte, Fabrikate, Waaren etc. und durch den An- und Verkauf von Fonds und Wechsel der Landwirthschaft, dem Handel und dem Gewerbe wesentliche Dienste zu leisten. Die Gesellschaft leistet auf die ihr zum Verkauf übergebenen Waaren etc. Vorschüsse bis 1/2 des Werthes. — Das Grundkapital der Gesellschaft ist auf 5 Millionen Thaler festgesetzt, dasselbe wird durch Geschäfts-Antheile, die ein Jeder erwerben kann, gebildet, worauf ausser 1/2 % für Einrichtungskosten etc. eine einmalige Einzahlung von 20 Prozent zu leisten ist. — Die Geschäfts-Antheile dürfen nicht unter 200 Thlr. und nicht über 50,000 Thlr. betragen. — Die Thätigkeit der Gesellschaft wird im Laufe des Monats Juni beginnen. — Beitrittserklärungen werden im Bureau der Gesellschaft, Grosse Präsidentenstrasse Nr. 6, par terre, entgegengenommen, auch können daselbst Zeichnungsbogen nebst Statuten in Empfang genommen werden. [4262] Die Direction. J. G. Zumm. C. J. W. Wernecke.

Bank für Landwirthschaft, Handel und Gewerbe. Wir beabsichtigen im ganzen Zollverein Agenturen zu errichten. Personen, welche geneigt sind, eine Agentur zu übernehmen, wollen sich unter Angabe ihrer bisherigen Wirksamkeit und Referenzen bei uns melden. Die Direction. [4263]

Die „Germania“, Lebensversicherungs-Aktien-Gesellschaft in Stettin, Grund-Capital 3 Millionen Thaler, schließt gegen feste und billige Prämien Lebens-, Begräbnis-, Aussteuer-, Capital-, Renten- und Pensions-Versicherungen aller Art unter den günstigsten Bedingungen. Bei eintretendem Unvermögen, die Prämie weiter zu zahlen, reducirt sie, wenn es gewünscht wird, die betreffende Versicherung auf den Werth der eingezahlten Prämien, so daß man der letzteren also niemals verlustig gehen kann. Prospekte werden unentgeltlich verabreicht und jede Auskunft gern ertheilt durch die bekannten Herren Agenten der Gesellschaft, sowie durch die General-Agentur in Breslau, Albrechtsstrasse Nr. 25. [4270]

Liebig's Stablissement. Freitag den 31. Mai: [4258] Großes Concert. Anfang 6 Uhr. Entree a Person 1 Sgr.

Liebig's Stablissement. Sonnabend den 1. Juni: [4259] Großes Nachmittag- und Abend-Concert. Anfang 5 Uhr. Ende 10 Uhr. Concert-Entree 1 Sgr. Von 10 Uhr ab: Ball-Réunion. Billets für Herren 10 Sgr., Damen 5 Sgr., sind in den bekannten Commaniten zu haben. Raffenpreis 15 Sgr. und 7 1/2 Sgr.

Weiß-Garten. Heute Freitag den 31. Mai: [4887] 6. Abonnements-Konzert der Springerschen Kapelle unter Direktion des Igl. Musikdirektors Herrn Moriz Schön. Zur Ausführung kommt unter Andern: Sinfonie (Es-dur) von Reiffiger und Konzert (A-moll) für die Violine von Robe. Entree für Nichtabonnenten: Herren 5 Sgr., Damen 2 1/2 Sgr. Anfang 5 Uhr. Ende 10 Uhr.

Schießwerder. Heute Freitag den 31. Mai: [4902] 3tes Abonnements-Konzert von A. Bilse. Anfang 4 Uhr. Entree 2 1/2 Sgr.

Volksgarten. Heute Freitag den 31. Mai: [4288] Militär-Konzert und humorist. Gesangsvorträge. Anfang der Vorstellung 7 Uhr. Anfang des Konzerts präcise 4 Uhr. Entree a Person 1 Sgr.

Ulbrich's Höh! (bei Reichenbach.) [4299] Sonntag den 2. Juni: Großes Concert.

Wasserheil-Anstalt in Charlottenburg, 1/2 Stunde von Berlin und am Hiegarthen reizend gelegen. Billige Pension. [2324] Dr. Eduard Preis.

Die höchsten Preise für getragene Kleidungsstücke, Betten und Wäsche zahlt nur [4906] J. F. Fischer, Nikolast. Nr. 81, dicht am Ringe.

Kunst-Ausstellung. Neu aufgestellt: [4271] Ein Damen-Portrait, gemalt von Friedrich von Kaulbach. [4890] „Union Club“. A special meeting of the U. C. will be held to-night. Time and place as usual. [4289] Erklärung. Die Anzeige aus Liebig's Lokal, daß ich dort Vorstellungen geben werde, erkläre ich als unbegründet, da ich mit dem Besitzer dieses Lokals zwar Rücksprache, aber noch kein festes Abkommen getroffen hatte, und insinuirten von Herrn Rogall für den Volksgarten engagirt worden bin, wofür Sonntag meine Vorstellungen beginnen werden. Ich habe keine Gesellschaft bei mir, sondern werde mich allein produciren. Ed. Straßburger.

In dem Kontur über das Vermögen des Kaufmanns A. B. Delsner zu Miltich werden alle diejenigen, welche an die Masse Ansprüche als Kontur-Gläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zum 15. Juni 1861 einschließlich, bei uns schriftlich, oder zu Protokoll anzumelden, und demnach zur Prüfung der sämtlichen innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen, so wie nach Befinden zur Bestellung des definitiven Verwaltungsverwaltungspersonals auf den 13. Juli d. J., Vormittags 10 Uhr, in unserem Gerichtstokal, Termins-Simmer Nr. 1, vor dem Kommissar Gerichts-Inspector Brauer zu erscheinen. Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen. Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserm Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berechtigten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen. Denjenigen, welchen es hier an Bekanntheit fehlt, werden die Rechts-Anwälte Dr. Gler, Hafal und Horn zu Sachwaltern vorgeschlagen. Miltich, den 15. Mai 1861. Königl. Kreis-Gericht. I. Abth.

Montag den 3. Juni d. J., Vormittags 10 Uhr, sollen 12 zur Militärdienst unbrauchbare Artillerie-Pferde im Bürgerweide am Artillerie-Pferdestall meistbietend gegen gleich baare Bezahlung öffentlich verkauft werden.

Bieh-Auktion. Wegen Umänderung des bisherigen Wirtschaftssystems werde ich Montag den 3. Juni d. J. hierseits: 22 Stück theils neumelkende, theils hochtragende, sowie einige fette, zum Schlachten geeignete Kühe, 1 dreijährigen Bullen, Märzthaler-Race, 1 einjährigen Bullen, Märzthaler-Race, sowie 1 Stück Ackerpferde auktionenweise an den Meistbietenden gegen sofortige Baarzahlung verkaufen und mit dem Verkauf um 11 Uhr Vormittags beginnen. **M. Berliner,** in Mittel-Neuland bei Reiffe.

Auktion. Montag den 3. Juni von 9 und 2 Uhr an, desgl. Dienstag d. 4. d. M. sollen Klosterstraße 89 aus dem Nachlaß des Hrn. Km. Noede Hausgeräthe, Porzellan, Gläser, Juwelen, Gold, Silber, Uhren, wobei eine bronzene 4 Wochen gehende Tischuhr, Wäpche, Betten, Kleider, wobei ein schöner Nerzpelz, Bücher, Silber, dabei ein Delbild (Seeferum v. Krause), gute Mahagoni-, Zuckerkristen- und andere Möbeln in obiger Reihenfolge versteigert werden. **G. Reymann,** Aukt.-Commissarius.

Silberne! Der Mitte des Monats April d. J. durch Schlaganfall verunglückte und noch jetzt auf die ganze rechte Seite vollständig gelähmte Handlungs-Buchhalter und Vater von 6 unmündigen Kindern, soll nach wohlgeordnetem Anrathen zur Heilung seiner Lähmung und damit er nochmals seiner Familie der Ernährer werden kann, in's Bad, welche Notwendigkeit, wenn er es auch frei erhalten sollte, damit Kosten für sich und seine Frau als Pflagerin, verbunden ist. Er ist jedoch blutarm und seine Frau befindet sich mit ihren 6 Kindern in der traurigsten Lage, welche sie auch zwingt, eble Herzen und Menschenfreunde hierdurch tief um eine Unterstützung zu bitten. — Die Handlung **Eduard Gros** in Breslau, am Neumarkt Nr. 42, wird die Güte haben, Näheres mitzutheilen und milde Beiträge anzunehmen. [4292]

Wasserdicke und geruchlose **wiener Zünd-Requisiten** buntfarbige Reibhölzer, Reibhölzer von Cederholz, Reibwachs-Richte, Cigarren-Anzünder, Streichhölzer ohne Schwefel, die Kiste zu 50 Bäckchen 10 Sgr. **Bidibuszünder,** ohne gestrichen zu werden von selbst brennend, 12 Schachteln 6 Sgr. [4278] Gefabrlose, phosphorfreie Streichhölzer ohne Schwefel, welche nur auf beigefügtem Anstrich zünden, die Schachtel 3 Sgr. **S. G. Schwarz,** Ohlauerstraße 21.

Reitpferde zum Verkauf. Zwei 4jährige Reitpferde, angeritten aber noch nicht zugeritten, und ein starker Poni (Happstute) stehen auf dem Dominio Bergshof zum Verkauf. In der Zwischenzeit des nach und von Königszell kommenden Zuges, ist Zeit genug, um die Pferde von Mettau aus zu besichtigen, auf Verlangen können die Pferde auch dorthin geschickt werden. [4266]

Piquée-Oberhemden, 1, 1½ und 1¾ Elaler, **Piquée-Schlipse,** Städ 3 Sgr, Dbd. 1 Lbr. empfiehlt en gros und en détail die Wäpche Fabrik von [4898] **Raschow & Krotzschiner,** Nr. 15, Schmiedebrücke Nr. 15.

Pianino und Flügel stehen zum Verkauf bei **J. Seiler,** Altbäckerstr. 14.

Wolle wird von der **Bank für Landwirtschaft, Handel und Gewerbe** in Berlin zum bevorstehenden Wollmarkt billigt auf Lager genommen. [4264] **Die Direktion.**

Zur Saat empfiehlt: [4248] alle Sorten Futter-Runkelrüben, Zuckerrüben, große lange Wasserrüben, große englische Turnips, große Erdrüben, grünköpfige Riesen-Futtermöhren, amerikanischen Pferdezaun-Mais, chinesisches Zuckerrüben, Gräsamen-Mischung zu Wiesen, desgl. zu schönen Rasenplätzen, französische Luzerne, sowie alle anderen Samenreien in bekannter Güte billigt:

Julius Monhaupt, Albrechtsstraße Nr. 8.

Esprit de cheveux, neu erfundenes Haarwuchsmittel. Es giebt keine Raßköpfigkeit mehr, da durch diesen vegetabilischen Haarbalsam das Ausfallen und Ergrauen der Haare verhindert, das Wachsen mit erstaunlicher Schnelligkeit gefördert wird. Ein wahre Wohlthat gegen Kopferkaltung, Migraine u. Kopfweh. Für Erfolg wird garantiert. Preis der Flasche à 1 Thlr.

Lenticulosa. das vorzüglichste Schönheitsmittel, dem Gesicht die jugendliche Wiederzugeben und den zärtlichsten Teint hervorzuheben; entfernt alle Sommersprossen, Leber- und Bodenflecken, Finnen, trockene und feuchte Flechten, gelbe Haut, Rötze der Nase etc. Beim Nichterfolg wird der Betrag zurückgezahlt. Preis der Flasche à 1 Thlr.

Extrait de Japonais, neu erfundenes Haarfärbungsmittel, mit welchem man jede beliebige Farbensüance, blond, braun bis ganz schwarz, sofort echt herstellt. Kein Mittel ist bekannt, welches so schön und ohne alle Nachteile färbt. In Cuis à 1 Thlr. **Fabrik von Hutter u. Comp.** in Berlin, Niederlage b. **Carl Franz Gerlich** in Breslau, Ring, Riemerzeile 10. [4903]

Del-Offerte. In unserer neuen Delmühle ist nun stets zu haben: [4283] 1) Chemisch reines Brennöl, 2) Maschinen-Schmieröl, 3) Fabriken-Baumöl; zugleich zeigen wir an, daß dieselben Oele auch in unserem Zweiggeschäft, in der Maschinenbau-Anstalt von **Hofmann u. Kocher** in Oleiwick, lagern, und empfehlen sie zu geneigter Beachtung.

Ein kleiner Versuch wird Jedem von der Vorzüglichkeit des neuen Fabrikats überzeugen. Seit 6 Monaten bewährt sich das Schmieröl für Spinnereien und Eisen-Wälzwerke, so daß man zwei bis dreimal so lange damit arbeiten kann, ohne einmal zu schmieren, als wie bei gutem Baumöl. Die Maschinenbau-Anstalt und Delmühlen-Geschäft **Koironia** zu Breslau. **J. G. Hofmann.**

Die erste Sendung 1861er neuer englischer **Matjes-Heringe** empfing und empfiehlt einzeln und ausgepackt **G. Donner,** Stodgasse 29. Seezander, Seebechte etc.

Neue Matjes-Heringe empfiehlt von 1. Sendung: [4282] **Carl Straka,** Mineral-Brunnen- u. Delitateffen-Handlung, Albrechtsstraße, der tgl. Banf gegenüber.

Neue Matjes-Heringe empfiehlt aus so eben erhaltenen ersten Abladung, in getheilten Tonnen und stückweise zu schon sehr billigem Preise: [4894] **C. F. Bourgarde,** Schubbrücke Nr. 8, goldene Waage.

Heute empfangen wir pr. Courierzug die erste Zufuhr **neue Matjes-Heringe** und morgen erwarten wir in Eilfracht eine größere Partie dieses Artikels, wovon in getheilten Tonnen so wie einzeln möglichst billig offeriren; **Lehmann & Lange,** Ohlauerstraße Nr. 4.

Pferde-Verkauf. Das Dom. Loh bei Breslau verkauft den Vollbluthengst d'Egvery und 8 edel gezogene Reit- u. Wagenpferde. [4886]

Limburger Sahntäse, anerkannt beste Qualität, pro Ziegel 4, 4½ und 5 Sgr. **G. G. Weber,** Oberstr. 1, nahe dem Ringe. [4882]

Wegen Aufgabe unseres **Wein-Geschäfts** erlauben wir uns hiermit unser Lager von **rothen und weißen französischen und anderen Weinen, so wie Spirituosen,** auf Gebind und in Flaschen zur gefälligen Abnahme in größeren und kleineren Partien, um rascher zu räumen, zu den **Kostenpreisen** ergebenst zu empfehlen. — Breslau, am 18. März 1861. **Burghardt und Comp.,** Junkernstraße Nr. 14 und 15.

Breslau. Bei **Trewendt & Granler** (Albrechtsstrasse 39), so wie in allen übrigen Buchhandlungen ist zu haben: Ein Führer durch die Stadt. Von **Dr. H. Luchs.** mit einem lithographirten Plane der Stadt. [4014] Zweite Auflage. 8. Eleg. broch. Preis 5 Sgr. Verlag von **Eduard Trewendt.**

Vor Anlauf der verlorenen 7. Lotterie-Loose Nr. 14,869 e 4ter Klasse 123ter Lotterie, Nr. 1288 d 1ster Klasse 124ter Lotterie, warnt **J. Gräbl,** königl. Lotterie-Einnehmer.

Papageien, grüne und graue, zahm und sprechend, kleinere ausländische Vögel in den schönsten bunten Farben, zwei Stück kleine zahme Affen und Goldfische [4253] sind zu verkaufen Ohlauerstraße Nr. 21.

Reinen Hopfen verkaufen billig **Hübner & Sohn,** Ring 35, 1 Treppe. [4296]

Vor zwei Fenster schön und gut gebälte Gardinen sind zu verkaufen Ohlauerstraße Nr. 23 drei Stiegen vorn heraus rechts.

Nielboote, Gondeln und Kähne sind zu verkaufen. Näheres bei dem städt. Schwimmmeister **M. Knauth,** Bade- und Schwimm-Anstalt am Holzplatz vor dem Ziegelthore.

Harter Zucker im Brot das Pfd. 4½ Sgr., im Gewölbe Garten- und Teichstraßen-Gde. [4265]

Angebote und gesuchte Dienste. **Gesuch.** Ein **Dekonom,** 40 Jahr alt und verheiratet, welcher circa 20 Jahre lang größere Wirtschaften selbstständig geführt hat, sucht ein Engagement als **Deconomie-Beamter.** Offerten werden unter der Chiffre A. Z. poste restante Weissenberg bei Löbau in Sachen erbeten. [4265]

Ein zuverlässiger **Diener,** der 24 Jahre an einem Orte gewesen und durch den Tod eines Herrn außer Dienst gekommen ist, sucht ein anderweitiges Unterkommen. Derselbe würde auch die Begleitung auf Reisen annehmen. Näheres auf Anfragen **Nikolaistr. 37,** im Gewölbe. [4883]

Ein anständiges Mädchen sucht eine Stelle als **Wirtschafterin.** Nähere Auskunft ertheilt **Mad. Breiter,** Offene Gasse Nr. 17 in Breslau. [4892]

Ein evang. Cand. der Theol. oder Pbil. wird vom 1. Juni d. J. ab zu 2 Kindern von 8-10 Jahren als **Hauslehrer** aufs Land gesucht. Gehalt 120 Thlr., freie Station und Wäpche. Offerten mit Beilegung der Zeugnisse werden erbeten unter der Chiffre **M. Sprottau** poste restante. [4244]

„Synagogengemeinden,“ welche auf die Anstellung eines gut empfohlenen **Cultusbeamten,** der den jetzigen Anforderungen in Bezug auf das Synagogengeschäft und Schulsaal entspricht, reflektiren, wollen ihre Offerten unter: **H. L. 36** an die Expedition der Breslauer Zeitung franco besorgen.

Wohnungssuche, Vermietungen

Zu Landeck-Bad sind Handlung-Lokale an sehr gelegenen Stellen mit Einrichtungen, Glaschränken etc., über die Dauer der Badezeit zu vermieten. Näheres bei **G. Hübner,** im Burggraf zu Landeck-Bad in Schlesien.

Zu Landeck-Bad sind in einem schönen Garten vollständig eingerichtete, mit recht vielen Bequemlichkeiten versehene, große und kleine Wohnungen wohnlich zu vermieten. Näheres bei **G. Hübner,** im Burggraf zu Landeck-Bad in Schlesien.

Ein möblirtes Zimmer für zwei Personen mit Betten ist während des diesjährigen Wollmarkts zu vergeben **Neuschkestraße Nr. 42,** **Zönel,** Destillateur. [4895]

Zu vermieten u. sofort, resp. Term. Johannis 1861 zu beziehen: 1) Weidenstraße Nr. 8: a) im zweiten Stock eine Wohnung, bestehend aus Stube, Kabinet, Küche und Bodenstammer; b) par terre ein Pferdebestall; [4222] 2) Weidenstraße Nr. 9 im ersten Stock eine Wohnung, bestehend aus einer Stube, Kabinet, Küche und Bodenstammer; 3) Neue Gasse Nr. 13 a ein Garten. **Administrator Kutsche,** Altbäckerstraße Nr. 45.

Logis mit Kost für Herren bei **Becker,** Nikolaistraße 8, Hinterhaus 2 Treppen.

Eine freundliche **lichte Wohnung,** 2 Stiegen, bestehend in 2 Stuben, Küche und Bodenraum, ist **Neuschkestraße Nr. 26,** zu vermieten und **Johanni** zu beziehen. Näheres daselbst im Verkaufsladen. [4879]

Für den Wollmarkt sind 2 Zimmer zu vermieten **Elisabethstr. 12,** im 2. Stod.

Die Niederlage landwirtschaftlicher Maschinen von **E. Januschek** in **Schweidnitz,** Niederlage in Breslau, Sternstraße Nr. 12 (Odeon), empfiehlt ihr gut assortirtes Lager landwirtschaftlicher Maschinen und werde ich zur Zeit des Wollmarktes persönlich am genannten Orte zu sprechen sein. [4284] **E. Januschek.** Schweidnitz, den 30. Mai 1861.

Dr. Proskes chemisches Mittel gegen das Aufblähen der Schafe u. Rinder bei **Hermann Straka,** Junkernstr. 33.

Besten Duedlinburger Zuckerrüben-Samen von letzter Ernte offerirt billigt: [4202] **Carl Fr. Reitsch,** in Breslau, Kupferschmiedestr. 25.

Weissen amerikan. Pferdezaun-Mais von letzter Ernte, großkörnig und von bester Qualität empfiehlt billigt: [4003] **Carl Fr. Reitsch,** in Breslau, Kupferschmiedestr. 25, Stodgassen-Gde.

Ich empfang gestern und empfehle die erste Sendung [4885] **neuer englischer Matjes-Heringe.** **Gustav Scholz,** Schweidnitzerstraße Nr. 50, Ecke der Junkernstraße.

Neue Matjes-Heringe empfiehlt **Herm. Straka,** Mineralbrunnens-, Delitateffen- u. Colonialwaaren-Handlung, Junkernstraße Nr. 33.

Neue engl. Matjes-Heringe von erster Sendung empfehlen: [4291] **Gebrüder Friederici,** Ring Nr. 9, vis-à-vis der Hauptwache. **Gustav Friederici,** Schweidnitzerstr. 28, vis-à-vis dem Theater. [4290]

Die erste Sendung **neuer Matjes-Heringe,** so wie neue Sendungen ger. Rheinlachs, Mal-Moulade, mar. Lachs, ger. Silber-Lachs, russ. Sardinen und Straßburger Gänseleber-Pasteten in Blechdosen, conservirt für den Sommer, empfangen u. empfehlen: **Gebrüder Knans,** Hoflieferanten, Ohlauerstraße Nr. 5/6, zur Hoffnung.

Neue engl. Matjes-Heringe empfing und empfiehlt die erste Sendung: **G. G. Lehmann,** Stodgasse 26.

Ein zu jedem Geschäft, besonders als Möbelmagazin, passendes grosses Verkauflocal mit vielem Nebengelas, ist preiswerth zu vermieten. Näheres **Kupferschmiedestr. Nr. 26,** beim Haushälter.

Eine Werkstelle [4860] ist zu vermieten und **Johanni** zu beziehen **Margarethenstraße Nr. 6,** 1 Stiege.

Zu vermieten und **Johanni d. J.** zu beziehen **Katharinenstraße Nr. 6** die zweite Etage, vier Zimmer nebst Beigelaß. Ebenfalls eine kleine Wohnung, bestehend aus Stube und Alkove. Näheres par terre im Comptoir zu erfragen.

Zu vermieten. ist Herren- und **Nikolaistraßen-Gde** eine Wohnung, bestehend aus 3 Zimmern, Küche, Keller und Beigelaß, zu **Michaeli** beziehbar. Näheres im Comptoir, **Herrenstraße 27.** [4275]

Antonienstraße 4 ist die 1. Etage zu vermieten und **Johanni** zu beziehen.

Wolllager sowie drei möblirte Zimmer sind zum bevorstehenden Wollmarkt zu vergeben. Näheres **Junkernstraße 10,** im Comptoir. [4900]

Wollzette vermietet **Dablen,** Stodgasse 21. Das neu eingerichtete **Hôtel garni „Stadt Rom“,** 17 Albrechtsstraße 17, empfiehlt bestens: [3147] **G. Aftel.**

Kaufher: Wo werden Sie logiren, Hr. Baron? Fahrpaß: In **König's Hotel garni,** 33 Albrechtsstraße 33.

Preise der Cerealien etc. Amtliche (Neumarkt) Notirungen. Breslau, den 30. Mai 1861. feine, mitte, ord. Waare.

Weizen, weißer 88 - 93 85 70 - 80 Sgr. dito gelber 88 - 91 83 70 - 78 " Roggen . . . 63 - 65 62 55 - 60 " Gerste . . . 51 - 54 48 40 - 44 " Hafer . . . 34 - 36 32 28 - 30 " Erbsen . . . 62 - 64 60 52 - 56 "

Amtliche Börse für loco Kartoffel-Spiritus pro 100 Quart bei 80% Tralles 18% Thlr. bj.

28. u. 29. Mai Abs. 10U. Mg. 6U. Nm. 2U. Luftdruck bei 0° 27° 8' 80 27° 8' 47 27° 7' 68 Luftwärme + 13,9 + 12,4 + 22,3 Thaupunkt + 9,4 + 8,7 + 7,3 Dunnsättigung 69pCt. 74pCt. 31pCt. Wind Wetter Schleiergewölke Sonnenbl. Sonnenbl. Wärme der Ober + 15,4

29. u. 30. Mai Abs. 10U. Mg. 6U. Nm. 2U. Luftdruck bei 0° 27° 7' 59 27° 7' 36 27° 6' 95 Luftwärme + 15,5 + 13,6 + 19,8 Thaupunkt + 9,0 + 10,0 + 8,5 Dunnsättigung 60pCt. 75pCt. 40pCt. Wind Wetter trübe trübe wolfig Wärme der Ober + 16,3

A. Seiffert's Hotel, 21. Alte-Taschenstraße 21, empfiehlt sich gültiger Beachtung. [4167]

Breslauer Börse vom 30. Mai 1861. Amtliche Notirungen.

Gold und Papiergeg.		Schl. Pfdb. Lt. A.		98% G.		Ndrschl.-Märk.	
Dukaten	93% G.	Schl. Pfdb. Lt. B.	4	99% B.	4	—	—
Louisdor	108% G.	ditto ditto	3/4	—	ditto Prior.	4	—
Poln. Bank-Bill.	87% B.	ditto ditto C.	4	98% B.	ditto Ser. IV.	5	—
Oesterr. Währ.	72% B.	Schl. Rst.-Pfdb.	4	—	Oberschl. Lit. A.	3/4	120 1/2 B.
Inländische Fonds.		Schl. Rentenbr.	4	97% G.	ditto Lit. B.	3/4	—
Freiw. St.-Anl.	102% G.	Posener ditto	4	95% B.	ditto Prior.-Ob.	4	90% B.
Preus. Anl. 1850	102% G.	Schl. Pr.-Oblig.	4/4	—	ditto ditto	4/4	97% G.
ditto 1852	102% G.	Freiburger	4	104% B.	ditto ditto	3/4	79% B.
ditto 1854	102% G.	ditto Prior.-Obl.	4	89% G.	Rheinische	4	—
ditto 1859	106% G.	ditto ditto	4/4	98% B.	Kosel-Oderberg.	4	34 B.
Präm.-Anl. 1854	121% G.	Köln-Mind. Pr.	4	—	ditto ditto	4/4	—
St.-Schuld-Sch.	88% B.	Fr.-W.-N. rlb.	4	—	ditto Stamm	5	80% B.
Bresl. St.-Oblig.	4	Mecklenburger	4	—	Oppl.-Tarnow	4	33 1/2 B.
ditto ditto	4	& 1000 Thlr.	3/4	89% G.	Meinz-Ludwgh.	106 G.	—
Posen. Pfandb.	4	Ausländische Fonds.		—	Disc.-Com.-A.	85 B.	—
ditto Kredittsch.	4	Poln. Pfandbr.	4	85% B.	Minerva	5	18 G.
ditto Pfandb.	3/4	ditto neue Em.	4	—	Schles. Bank	4	82 1/2 bz.
Schles. Pfandb.	3/4	Poln. Schatz-O.	4	—	Posener Bank	86% G.	—
& 1000 Thlr.	3/4	Krak.-Ob.-Obl.	4	—	N. Oest.-Credit	64% a 1/2	—
		Gest. Nat.-Anl.	5	58% B.			—
		Eisenbahn-Akten.					—
		Freiburger	4	104% B.			—
		ditto Prior.-Obl.	4	89% G.			—
		ditto ditto	4/4	98% B.			—
		Köln-Mind. Pr.	4	—			—
		Fr.-W.-N. rlb.	4	—			—
		Mecklenburger	4	—			—
		& 1000 Thlr.	3/4	89% G.			—
		Neisac-Brieger	4	49% B.			—
		Die Börsen-Commission.					

Verantw. Redakteur: **R. Bärner.** Druck von **Graf, Barth u. Co. (W. Friedrich)** in Breslau.